

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt C 5070 Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Ausnahmegeetze gegen die Konsumgenossenschaften. — Streit der deutschen Bergarbeiter! — Streit der städtischen Arbeiter in Worms. — Die Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter Stuttgarts. — Ein Schlag gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter in Wien. — Aus Politik und Volkswirtschaft. Wasserbauarbeiter. Theaterarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. Rundschau. Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsteil. Totenliste des Verbandes.

Ausnahmegeetze gegen die Konsumgenossenschaften.

Das preussische Dreiklassenhaus spielt unter den reaktionären Parlamenten in Preußen Deutschland die unbestrittene erste Geige, und wenn es wirklich einmal von einem anderen übertrumpft wird, dann gibt es sich gewiß die redlichste Mühe, um seinen „guten“ Ruf als Pflegsstätte der allerärgsten Reaktion zu wahren. Vornehmlich sind es natürlich die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, die von dem genannten Institut als die geeignetsten Objekte zur Betätigung in diesem Sinne angesehen werden. Das hat sich erst jetzt wieder zweifelsfrei gezeigt. Kaum, daß die Reichstagswahlen das Verlangen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes nach freiheitlicheren Zuständen in der denkbar schärfsten Form zum Ausdruck gebracht haben, unternimmt es die preussische Regierung, einem konservativen Antrag aus dem Abgeordnetenhaus Folge leistend, den Entwurf eines preussischen Einkommensteuergesetzes vorzulegen, der Bestimmungen enthält, die eine ganz ungeheuerliche Ausnahmebesteuerung vieler unserer Mitglieder darstellen. Die preussische Regierung hat sich den faßsam bekannten Antrag des Abgeordneten Hammer zu eigen gemacht, und sie verlangt in ihrem Steuergesetzentwurf die Einreihung jeder den Mitgliedern der Konsumvereine zustehenden Rückvergütung, gleichviel, wie diese auch benannt werden mag, in die Klasse der steuerpflichtigen Ueberüberschüsse. Dadurch, daß diese Bestimmungen nicht auf die Genossenschaften in ihrer Gesamtheit ausgedehnt werden soll, sondern nur auf die Konsumvereine Anwendung findet, wird der Streich des preussischen Abgeordnetenhauses, wenn er die Vorlage der Regierung sanctioniert, davon zu zweifeln kein Grund vorliegt, zu einem neuen Ausnahmegeetze, das sich formell gegen die Konsumvereine richtet, und dem aber auch der Teil unserer Verbandsmitglieder betreffen wird, der sich die tatsächliche Unterstützung der Genossenschaftsbewegung angelegen sein läßt. Und daß dieser Teil kein kleiner sein wird, läßt sich wohl erwarten, nachdem nationale (Parteitage, Gewerkschaftskongresse) und internationale (Kopenhagener Kongress) Arbeiterkongresse die Unterstützung der Genossenschaftsbewegung jedem Arbeiter zur Pflicht gemacht haben. Damit aber richtet sich der Schlag der preussischen Reaktionäre gegen die Arbeiterschaft schlechthin, deren Vertrauen zu den selbstgeschaffenen Institutionen unterminiert werden soll. Doch wird das Vorgehen diesen Endzweck nicht zeitigen, es wird sich vielmehr erweisen als ein

Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Denn wie seither schon alle Versuche zur Behinderung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung nur zu einem um so schöneren Ausblühen derselben führten, so wird auch im vorliegenden Fall unsere Genossenschaftsbewegung diejenige sein, die zuletzt lacht.

Der Antrag Hammer wurde bereits am 3. Mai 1911 vom preussischen Abgeordnetenhaus behandelt. Alle Redner — mit einer Ausnahme — stellten sich dabei auf den Standpunkt, daß das Gesetz eine Lücke aufweise, durch die eine bevorzugte Stellung der Konsumvereine zum Nachteil des Mittelstandes hervorgerufen werde. Nur allein der Sprecher der kleinen sozialdemokratischen Vertretung wandte sich in entschiedener Weise gegen den Antrag, ohne allerdings bei der Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses damit Erfolg zu haben.

Zunächst ist zu konstatieren, daß von einer bevorzugten Stellung der Konsumorganisationen auf keinen Fall gesprochen werden kann. Das Gegenteil ist richtig. Daß die Konsumvereine seither einer Besteuerung unterworfen waren, stellt schon eine Ausnahmebehandlung dar. Die Konsumvereine sind nicht geschaffen, damit sie den Gründern oder den Mitgliedern Gewinne bringen, denn sie sind — wie auch von den Anhängern der Ausnahmebesteuerung zugestanden wird — keine Händler, sondern sie stellen eine Personeneinheit dar, die ihre Lebensmittel im großen so vorteilhaft als möglich einkaufen und diese dann unter sich verteilen. Ein Händler aber kauft ein und verkauft wieder, um Gewinn zu erzielen, von dem er leben kann, und zwar möglichst gut. Bei den Konsumvereinen fehlt diese Voraussetzung, um ihre Tätigkeit als Handel charakterisieren zu können; ihnen fehlen die Käufer, die ihnen den — versteuerbaren — Gewinn bringen könnten, denn das Genossenschaftsgesetz selbst verbietet ihnen ja — unter Umständen bei Strafe der Auflösung — die Abgabe der Waren an Nichtmitglieder. Obwohl also die Konsumvereine keine Erwerbsgenossenschaften sind und darum auch keinen versteuerbaren Gewinn aufweisen können, unterlagen sie doch seither schon einer Besteuerung. Da nun diese Besteuerung — Einkommen-, Umsatz-, Warenhaus-, Filialsteuern und dergleichen — seither schon nur auf die Konsumvereine beschränkt ist und alle anderen Genossenschaften ausgeschlossen sind (wenn auch nicht in jedem einzelnen Falle), so zeigt sich schon bisher eine Ausnahmebehandlung, die dem Genossenschaftsgesetz direkt ins Gesicht schlägt.

Und diese Sonderbesteuerung soll jetzt durch das preussische Einkommensteuergesetz eine geradezu aufreizende Verschärfung erfahren. Die einzelnen Genossenschaften sind der bisherigen Sonderbesteuerung dadurch etwas aus dem Wege gegangen, daß sie den Mitgliedern einen festen Rabatt statutarisch zusicherten, der einer Besteuerung nicht unterlag. Dieser Ausweg, um von einer unberechtigten Besteuerung zu einem Teile loszukommen, soll durch den Antrag Hammer beseitigt werden. Dieser verlangt: Bei Konsumvereinen gehört zu

den steuerpflichtigen Heberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung! Durch diese Bestimmung glauben die Mittelständler den Konsumvereinen ihr Weiterkommen unmöglich gemacht zu haben und die Konsumenten zwingen zu können, ihre Lebensmittel beim Kleinhändler einzukaufen, der im Gegenzug zu den Konsumvereinen nicht für das allgemeine Wohl arbeitet, sondern für den Profit. Es bedarf keiner Erwähnung, daß dieser neue ungeheuerliche Raubzug auf die Taschen der Genossenschaftler sich nur gegen die in den Konsumvereinen zusammengeschlossenen richtet, während alle anderen Genossenschaftsgruppen davon verschont bleiben. Ja, diese letzteren stehen sogar an der Spitze des Feldzugs, denn der Haupttrüßer im Streite, der dem Antrage auch seinen Namen gegeben hat, der Abgeordnete Hammer, ist Ausschußvorsitzender des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften.

In den Konsumvereinen überwiegen die industriell tätigen Arbeiter und unter diesen geben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Ausschlag. Das ist verständlich; denn diejenigen, denen zur Erkenntnis kam, daß im Zusammenhange einer großen Masse unter gleichen Bedingungen lebenden Genossen ein unüberwindlicher Schutz gegen alle Fährnisse des Wirtschaftslebens liegt, die sich darum auch schon ihren gewerkschaftlichen Organisationen angeschlossen haben, die begreifen am ehesten, daß das Handelskapital die gleichen gefahrbringenden Tendenzen hat wie das Produktionskapital und daß gegen das eine wie gegen das andere nur festgefügte Organisationen schützen. Sie werden sich darum ohne Zögern auch den Konsumgenossenschaften anschließen und dadurch mit helfen, daß wir Arbeiter Wareneinkauf und Warenverteilung selbst in die Hand nehmen und das Handelskapital damit ausschalten können. Unnötig zu sagen, daß wir erwarten, daß auch unsere Verbandsmitglieder sich dieser Erkenntnis nicht verschließen werden, zumal, wenn sie sehen, in welcher italdalösen Weisheit erst wieder durch das preussische Einkommensteuergesetz Arbeiterinstitutionen ausgeplündert und dem Arbeiter damit die Möglichkeit genommen werden soll, nicht nur durch seine gewerkschaftliche Tätigkeit, sondern auch durch Ausschaltung des Zwischenhandels und damit des Handelskapitals seine Wirtschaftslage zu heben. Was wir uns in harten Lohnkämpfen errungen haben, sollen wir uns nicht durch unsere Konsumvereine weiter nutzbar machen können, sondern wir sollen es, ohne irgendwelchen Vorteil davon gehabt zu haben, dem Händlertum, dem Handelskapital in den unerfährlichen Rachen werfen. Wir nehmen ohne weiteres an, daß sich unsere Mitglieder gegen solche Vergewaltigung ganz entschieden zur Wehr setzen und auf jeden Fall durch Beitritt und durch genossenschaftliches Verhalten, das ist durch Wareneinkauf aus der Genossenschaft, gegen solche unserem Empfinden hohnsprechende Unterjochungen der preussischen Reaktionskräfte potestieren.

Die Lebensbedingungen, unter denen wir zu leiden haben, sind dank der schändlichen Tätigkeit des schwarz-blauen Blocks — derselben Leute, die den Konsumgenossenschaften den Gar aus machen möchten, — äußerst prekäre. Die Teuerung, das schwarze Ergebnis dieser Tätigkeit, ist die Ursache, daß unser in harter Arbeit erzielte Lohn nur mit Mühe und Not und meistens auch nur unter Anwendung der gewagtesten Rechenegempel von einem Lohnzahlungstage zum anderen ausreicht, und glücklich dann derjenige, bei dem diese Exempel überdies auch immer ohne Rest aufgehen. Wie wenige gibt es doch, die sich in solcher beneidenswerten Lage befinden! Aber in diesen Zeiten spüren wir das wohlthätige Wirken unseres Verbandes in ganz besonderem Maße. Wo wären wir hingekommen, wenn nicht durch sein Eingreifen unsere Lohnsteigerungen den allgemeinen Preissteigerungen einigermaßen nachgekommen wären! Wie groß mußte die Summe der Entbehrungen sein, wenn nicht schon die Existenz unseres Verbandes, seine in vielen Lohnbewegungen erprobten

Machtmittel und sein fester Wille, den Mitgliedern in der gemeinen Not des Lebens zur Seite zu stehen und ihnen zu helfen, die Stadtverwaltungen genötigt hätte, in der Lohnfrage Zugeständnisse zu machen. Wir wissen wohl, der Organisation unserer Selbsthilfe danken wir nicht nur viel ihr danken wir alles! Aber was nützt es uns, wenn wir durch unseren Verband unseren wöchentlichen Lohn um 2 bis 3 Mark erhöhen, wenn dann zur selben Zeit Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Licht, Lust und alles, was wir zum Leben für eine Woche brauchen und darum haben müssen, um eben die gleichen 2 bis 3 Mark oder gar noch mehr im Preise steigen? Und das gerade wird ja in erster Linie von den Mittelständlern und reaktionären Parteien mit der Sonderbesteuerung der Konsumvereine bezweckt: Sie wollen uns die Erfolge unserer gewerkschaftlichen Kämpfe rauben; wir sollen nicht in der Lage sein, die Lohnsteigerungen für uns selbst nutzbar zu machen und trotz der Erhöhung unseres Geldlohns nicht mehr und nicht bessere Waren einkaufen können als vorher. Solchen Raubzügen auf unsere Taschen müssen wir von Anfang an mit der notwendigen Schärfe entgegenzutreten.

Angeblieh soll die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine erfolgen, um dem Mittelstand aufzuhelfen. Der Weg aber, der zu diesem Ziele führen soll, ist nicht der richtige. Denn abgesehen davon, daß es direkt unfair ist, eine Institution in skandalösester Weise zu belasten und damit direkt zu schädigen, um eine andere auf die Beine zu helfen, wird das glatte Gegenteil von dem eintreten, was erhofft wurde: Die Konsumvereine werden eine gewaltige Ausdehnung erfahren. Wie unsere Scharfmacher sich noch immer als unsere besten Agitatoren erwieisen haben, so wird das auch in dem vorliegenden Falle sein. Wenn die Miteren des Alltags noch nicht in die Konsumvereine getrieben haben, dem werden die Ausnahmegeetze die Augen öffnen, und wie wir gesehen haben, liegt es im Interesse unserer Gewerkschaften, daß dies in umfassendem Maße geschieht. Denn genau so, wie sich die Unternehmer in der Produktion bemühen, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und durch Hintanhaltung von Verbesserungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu drücken, so versucht das Handelskapital das gleiche durch das Hochtreiben der Preise. Und diese Versuche gelangen, wenn ihnen kein Widerstand entgegengesetzt wird, wenn wir nicht die Anwendung aus unserer gewerkschaftlichen Betätigung auf unsere Eigenschaft als Konsumenten übertragen und die Konsumentenorganisationen durch unseren Beitritt stützen. Das ist dann auch die beste Antwort auf den Raubzug jener selben Leute, die im Reichstag eine lächerlich geringe Belastung der Besitzenden weit von sich weisen, im preussischen Landtage dagegen versuchen, uns unter äußerst sadenstimmigem Deklamieren um die Erfolge unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu pressen.

Kollegen, Kolleginnen! Protestiert gegen solche Markenschaften durch allgemeinen Eintritt in die Konsumvereine!

Streik der deutschen Bergarbeiter!

Aus dem Ruhrgebiet wird uns unterm 9. März geschrieben: Während diese Zeiten in die Welt hinausgehen, packt der größte Teil der Ruhrbergleute das Gezüge Handwerkszeug zusammen. Schon seit Tagen haben zehntausende Bergarbeiter die Heber ablassen gemieden. Aber auch der Forderungsausfall in regulären Zechen zeigt, daß die Bergknappen mit ihrem „Soll“ zurückhalten. Auch eine Vorbereitung für den Stampf, der am Montag, den 11. März, das Wirtschaftsleben erschüttern und der nicht auf das Ruhrbecken allein beschränkt bleiben wird.

Gewiß, nicht alle Bergarbeiter werden den Streik aufnehmen, um für ihre berechtigten Wünsche und Forderungen zu streiten. Die Weichen, wie ein großer, vielleicht der größte Teil der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins ähnlicher Bergarbeiter, werden an der Arbeit bleiben und der Welt das Jammerbild schmutzigen Verrats an den Bergarbeiterinteressen bieten. Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter hat die Be-

hände um den nötigen Schutz der christlichen Streikbrecher gebeten. Das so werden wir erleben, wie Leute, die Jahre hindurch den höchsten Medien ihre Führer zujubelten, unter Vorantritt einer Kameradenabteilung und unter Begleitung sonstiger Schutzmannschaften den täglichen Weg von und zu der Zechen machen werden. Die Hingegardinen werden sie an den trotzigsten Gesichtern der Zehenden vorüberbäusen -- ein ekelhaft trauriges Bild! Freilich wird es auch tausende christliche Arbeiter geben, die diese Schmach nicht auf sich nehmen werden. Für die Führer der christlichen Bergarbeiterorganisationen bricht dann eine schwere Zeit an. Denn das ist sicher, daß dieser Teil der christlichen Bergarbeiter, der sich noch genug Massenbewußtsein und Massenorganisationen bewahrt hat, und der den kämpfenden Mitarbeitern gegenüber die kameradschaftliche Treue nicht brechen will, von seinen Führern Rechenschaft verlangen wird für das schmachvolle Ansehen, Streikbruch zu begehen. Jahrelang hat man die Solidität als die höchste Tugend, auch im Christenlager, gepredigt, und jetzt soll der Streikbruch, der schwarze Verrat an den Massen, die schönste Eigenschaft christlicher Arbeiter sein? Nun, wir werden ja sehen, was kommt. Ungestraft wird man nicht in dem härtesten Kampfes der Arbeiter gegen das Grubenkapital Kameraden gegen Kameraden ausspielen. Das mögen sich die Lebrens, Effert, Ambusch und Genossen gesagt sein lassen.

Wir haben keine Lust, an dieser Stelle auf die Gründe einzugehen, die die christliche Führerschaft veranlaßt haben, ihre Zerschütterung der Bergarbeitereinheit selbst in den schwierigsten Zeiten zu betreiben. Diese Gründe sind so bekannt, wie ihre Verlogenheit und Händelschmeichelei. Uns interessiert mehr die Frage: War der Kampf der Bergarbeiter aufzubalten oder nicht? Eine Frage, die schwer genug ist, daß einige Worte ihrer Verantwortung hier am Platze sind.

Der Streik war aufzubalten. Aber dazu gehörte nicht der gute Wille der Bergarbeiter, sondern allein der gute Wille der Werkherren. Wenn diese es wollten, wäre das Ruhebeden überhaupt nicht zu jener Wetterdecke geworden, in der Hunderttausende von Menschen nicht mehr zu ihrer Ruhe kommen können. Man frage nur die Bergarbeiter, was sie in den Streik hineintreibt, was sie veranlaßt, trotz des Vorgehens der christlichen Organisationen einen erbitterten Kampf, dessen Ausgang ungewiß ist, aufzunehmen. Die Lohnfrage allein ist es nicht, die die Bergarbeiter in so helle Empörung versetzt hat. In erster Linie ist es die brutale Mißachtung, mit der die Herrenmenschen an der Ruhr ihren Arbeitern entgegen begegnen. In einer ganzen Anzahl anderer Gewerbe leben wir die gegenseitigen Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern vor sich gehen. Im Bergbau nicht. Hier werden durch die Arbeit Hunderttausende von Menschen Millionäre und Milliardäre gesucht und diese spotten und höhnen über Schaffer der Werte und des Reichtums, wo sie nur können. Das ist, was die Bergarbeiter fühlen und was sie zur Empörung treibt.

Im Jahre 1905 wurden die Bergarbeiter um die Früchte ihres damaligen Kampfes betrogen. Die verbungste Bergarbeiterschubbewegung, eine Folge des Niesenstreiks, drückte den Bergarbeitern "Steine" statt "Brot" in die Hände. Im Jahre 1906 erlebten wir, wie die Werkherren die Wünsche der Arbeiter beim Annapfchaftsstreik hintertrieben, wie sie den Vorlämpfern der Annapfchaftsrecht der Bergarbeiter, den Melchiorinivaliden in den Annapfchaftsvereinen das Wahlrecht raubten. Im gleichen Jahre wurden Lohnforderungen der Bergarbeiter scharf abgelehnt. Dann entbrannte im Jahre 1907 ein heftiger Kampf um das Annapfchaftsstatut, der fast zur Streik geführt hätte. Statutenverschiebungen statt Verbesserungen wurden werksseitig den Arbeitern geboten; bei der Besetzung der Wunden und Invalidenstellen teilten die Herren ein Feinnetze. Dann kam 1908 der Streik um die „weiße Salbe“. Hunderte Vergleute auf einmal hatte die Madbod-Matainprobe niedergedrückt. Die Bergarbeiterchaft forcierte nach Anweisung bei der Grubenkontrolle, weil sie wußte, welchen Ursachen die gewaltigen Massenunfälle entspringen. Und was ist gekommen? Jämmerliche, wie sie von einem Menschen wie Dilger präsentiert wurden. „Weiße Salbe! Die Sicherheitsmänner sind empört über die Behandlung, die ihnen auf den Gruben zuteil wird. Und die Bergarbeiter fühlen es mit. Dann folgte der Zwangsarbeitenadweis. Das Grubenkapital organisierte das Herrenrecht in der Arbeitsvermittlung. Bei der Bewertung und Verwendung seiner Arbeitskraft hat der Bergarbeiter schon nichts zu sagen, bei der Arbeitsvermittlung sollen die Werke das ausschlaggebende Wort allein sprechen, so wollten es die Werkherren. Meine Faktat, mein Mißtrauen den Bergarbeitern. Und als in Folge der Zoll und Steuererhöhung und aus anderen Gründen heraus die wirtschaftliche Lageung einsetzte, die Löhne rapide sanken, darum die Berg-

arbeiter Lohnforderungen stellten, wurden sie auch hier wie immer mit ihren Wünschen abgewiesen. Ihre Ausschüsse auf den Zechen wurden wie Luft behandelt, verböhnt, so daß sie die Luft verloren haben, in Lohnfragen bei den Grubenverwaltungen nochmals vorstellig zu werden. Alles das und die vielen anderen Quälereien haben die Bergarbeiter aufs äußerste gereizt, sie im Laufe der Jahre in hater Peinrubigung gehalten, und nun auch bei der jetzigen Lohnbewegung die Grubenbesitzer auf ihr Herrenrecht pochen, die billigen Wünsche der Bergarbeiter ablehnen, ist das Maß voll zum Überlaufen.

Am Montag, den 11. März d. J., sind die Brocken hingelagt. Wer wagt es, zu sagen, die Bergarbeiter streikten aus Übermut? Wer verdumt es den hartgeschundenen Snappen, daß sie zum letzten Mittel greifen, um die Aufmerksamkeit der draußen Stehenden auf die Zustände im Ruhrbergbau hinzulenken.

Es wird nicht das letzte Mal sein, daß es so weit -- zum Streik -- kam. Erst wenn das Herrenrecht und der Übermut der Unternehmer gebrochen ist, wenn die Ruhrgrubenbesitzer anfangen werden, in den Bergarbeitern und ihren Organisationen Ratoren zu sehen, mit denen sie verhandeln müssen, und wenn die Ruhrgrubenbesitzer in den Bergarbeitern die Menschen und Familienväter betrachten, die verlangen können, daß ihre Menschenwürde geachtet und ihre berechtigten Lohnforderungen befriedigt werden, erst dann werden wir vor solchen überraschenden Explosionen im Ruhrbeden eher verschont sein, als heute. Solange die brutale Mißachtung der Hunderttausende von Bergarbeitern durch eine Handvoll Menschen betrieben wird, bleibt die Gefahr bestehen, daß die Bergarbeiter den fortgesetzten Monstratbrüchen der Werkherren schließlich mit „Monstratbruch“ begegnen.

Wir betonen es nochmals, an den Vergleuten liegt es nicht, daß der Streik ausbricht. Die Grubenherren haben ihn vorbereitet und verschuldet, und wenn ihr Übermut sich stützen kann auf die christliche Bergarbeiterorganisation, die durch ihre Streikbruchparole den Werkherren helfend zur Seite springt, so ist das schlimm, sehr schlimm. Wir wissen, daß der Kampf sich für die Bergarbeiter dadurch schwieriger gestalten wird. Hinter dem christlichen Gewerksverein steht die schwarze Presse, stehen die Scharfmacherorgane, steht jener Teil des Volkes, der an der Zerschütterung der Bergarbeitereinheit und Bergarbeiterkraft ein großes Interesse hat. Hinter die Streikenden aber werden sich alle stellen, die sich ein menschliches Empfinden für die Leiden der Bergarbeiter bewahrt haben, und die nicht verhehlen können, wie einige reichbegüterte Staatsbürger ihr wirtschaftliches Glück in einer Weise ausnutzen und mißbrauchen, die zu wirtschaftlichen Katastrophen führen muß.

Streik der städtischen Arbeiter in Worms.

Die Stadt Worms baut zurzeit eine Gasleitung nach dem Vorort Fißflöheim. An diesem Bau ist neben den ständigen Arbeitern des Gaswerks auch eine Anzahl unständiger Arbeiter beschäftigt, die natürlich genau so schlecht entlohnt werden wie die ständigen. Die Löhne schwanken zwischen 31 und 36 Pf. pro Stunde, während bei Privatunternehmern die gleiche Arbeit mit 44 Pf. pro Stunde entlohnt wird. Für die Arbeiter besteht natürlich kein Grund, lediglich deswegen 10 Pf. pro Stunde billiger zu arbeiten, weil die Stadt die Leitung in Regie baut. Es wurde daher durch unsere Organisation der Antrag an die Gasdirektion gestellt, die Löhne entsprechend dem Tarif der Bauarbeiter festzusetzen, und zwar für alle am Bau beschäftigten Arbeiter. Der Antrag lautete:

1. Der Stundenlohn bei Rohrverlegungen und Installationsarbeiten beträgt nicht unter 45 Pf. pro Stunde. Für Einschaltungsarbeiten ist ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde zu gewähren.
2. Für Überstunden nach 6 Uhr abends ist ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, für Nachtarbeit von 9 Uhr ab sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Lohnzuschlag von 50 Proz. zu gewähren.

Die Forderungen wurden am 22. Februar eingereicht und erlucht, bis 2. März definitiven Bescheid zu geben. Gleichzeitig wurde der Vereinstwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten, Ausdruck gegeben.

Der Direktor des Gaswerks lud hierauf den Gewalter Hermann auf 4. März zu Verhandlungen ein, an denen als Vorsitzender der Jüthale Worms der Kollege Finger teilnahm.

Gleich zu Anfang erklärte der Herr Direktor, daß er jederzeit für seine Arbeiter zu sprechen sei und daß er es ihnen, ihrem geringen Bildungsgrad entsprechend, auch nicht übel nehme, wenn sie sich einmal im Ausdruck vergreifen. Dementsprechend wollte er auch uns den ungehörigen Ausdruck „Forderungen“ nicht weiter übernehmen. — Zur Sache erklärte er weiter, er habe nicht die Befugnis, mit dem Gemeindearbeiterverband einen Tarif abzuschließen, vielmehr sei der bestehende städtische Lohnklassentarif für ihn maßgebend, in dessen Rahmen er allerdings einige Bewegungsfreiheit habe. Er müsse also eine allgemeine Lohnerhöhung ablehnen. Unsere Forderungen seien auch viel zu hoch. Dagegen sei er bereit, wenn die Arbeiter sich selbst an ihn wenden (lies: betteln), einzelnen den Lohn bis zu 40 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Dies für die unständigen Arbeiter. Für die ständigen Arbeiter des Gaswerks stehe für 1. April eine Lohnerhöhung in Aussicht, für die die Mittel bereits bewilligt seien. Ueber die Höhe derselben vermochte der Direktor keine Auskunft zu geben. Ueberwindungsschläge von 6 Uhr ab muß der Herr Direktor ablehnen, da solche nach dem städtischen Lohnarif erst von 9 Uhr ab gewährt werden. Die Einwendungen unsererseits vermochten nichts an der Stellungnahme des Direktors zu ändern.

In der am gleichen Tage abgehaltenen Versammlung lehten die Arbeiter es entschieden ab, mit der Direktion anders als durch die Organisation zu verhandeln. Angesichts des völlig negativen Erfolgs der Verhandlungen wurde der Antrag gestellt, in den Ausschuss zu treten, und in geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Einmütig wurde am 5. März die Arbeit von allen 58 Arbeitern niedergelegt und der Direktion von dem Stand der Dinge Nachricht gegeben. Der Direktor erklärte im Einverhältnis mit dem Oberbürgermeister, nunmehr überhaupt nicht zu verhandeln, da er den Streik als eine „Machtprobe“ ansehe. Mit demselben Recht können es auch die Arbeiter als eine Machtprobe ansehen, wenn eine öffentliche Behörde 10 Pf. pro Stunde weniger zahlt als die Privatunternehmer. Der Fall ist ein Schulbeispiel dafür, wie Gemeindefetriebe, die ja doch „Mutterbetriebe“ sein sollen, erst gezwungen werden müssen, dieselben Löhne zu zahlen, wie die organisierten Privatunternehmer. Die Tatsache, daß sich zurzeit Streikbrecher noch nicht gefunden haben, läßt hoffen, daß die städtischen Behörden ihr Unrecht einsehen und von ihrem Lohnwucherhandpunkt abgehen werden.

Die Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter Stuttgarts.

Ein beschämendes Bild bot die letzte Stuttgarter Gemeinderats-sitzung, wo erneut über unsere Forderung verhandelt wurde. Es war das zweitemal, daß sich die bürgerlichen Mitglieder damit beschäftigten, nachdem am 21. Dezember 1911 ein Antrag Wölz eine weitere Leistung verlangt hatte. Die städtischen Arbeiter beziehen heute einen Anfangslohn von 3,80 Mk. pro Tag oder 22,80 Mk. pro Woche. Nach dem letzten Etat beträgt der Durchschnittslohn für einen Arbeiter der Straßenreinigung 25,20 Mk., das sind im Jahre 1210,40 Mk. Rechnet man davon für Miete nur 1 Mk. pro Tag ab, dann bleiben noch 850 Mk. Hieraus sollen die gesamten Lebensbedürfnisse einer Familie: Nahrungsmittel, Kleidung, Heizung, Steuern usw. bestritten werden. Das macht, wer kann! Unsere bürgerlichen Gemeinderäte mahnen sich allerdings an, das Nummernfeld fertig zu bringen. Kreisch nur in der Theorie. In der Praxis reichen ihnen die paar Mark, die ein städtischer Arbeiter als Taschengeld erhält, kaum als lässliches Taschengeld aus.

Die Arbeiter verlangen ursprünglich eine tägliche Zulage von 80 Pf. Bei der ersten Beratung schlug die Kommission vor, sämtlichen Arbeitern und Angestellten mit bis zu 1800 Mk. Einkommen 25 Pf. und für jedes Kind 10 Pf. einmalige Teuerungszulage zu gewähren. Man beschloß jedoch aus durchdringlichen Gründen eine zweite Lesung. In der Sitzung vom 29. Februar d. J. empfahl der Ausschuss namens der Kommission, nur den Verheirateten 25 Pf. und für jedes Kind 10 Pf. zu gewähren. Der Gesamtschwarz wurde nach Ausschluß der Ver. um noch 50.000 Mk. vermindert. Aber auch das ging den Angehörigen zu weit. Mit einer Mehrheit und Zustimmung der städtischen Arbeiter neben den sozialdemokratischen Verbänden konnten auch den Gemeindeführern, den ihre Vertreter jetzt miterschäft hatten, in den Letzt-

Aus lauter „Arbeiterfreundlichkeit“ natürlich lehten die bürgerlichen Gemeinderäte in halber Eintracht mit den Befol deten alle Anträge ab. Die befol deten Gemeinderäte hatten es allein in der Hand, auch einmal den gering bezahlten städtischen Arbeitern etwas zutun zu lassen, um deren Notlage einigermaßen zu mildern. Im Gemeinderat wären mit den vier Befol deten 16 gegen 16 Stimmen gestanden, so daß der Oberbürgermeister in der Lage gewesen wäre, den Streikentscheid zugunsten der Arbeiter zu geben. Im Bürgerausschuß war bei der letzten Zusammenkunft eine kleine Mehrheit für die Vorlage gestickt.

Gemeinderat bleiben war in der Kommission für eine über den Rahmen des Kommissionsantrages hinausgehende Zulage, indem er für jedes Kind anstatt 5 Mk. 10 Mk. gewähren wollte, neben den 25 Pf. für Verheiratete ohne Kinder. Im Plenum stimmte er — gegen jede Teuerungszulage! Die beiden konservativen „Väter“ waren natürlich gegen jegliche Verbesserung. Mancher Wider wird denselben zwar wenig Dank für diese Stellungnahme wissen, weiß gewiß auch manche Protest durch die Ablehnung der Teuerungszulage unbezahlt bleiben wird.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter wehrten sich mit aller Entschiedenheit für die Arbeiter, vermochten jedoch gegen den Haß und den Anverhand der Vertreter von Bildung und Besitz nicht aufzukommen. Alle die schönen Worte, welche zur Verkleinerung der brutalen Vergewaltigung der Arbeiter von den Herren „Bürgerlichen“ angewandt wurden, vermögen über die Tatsachen nicht wegzutäuschen. Die Arbeiter wissen genau, daß der nationalliberale Antrag, der schließlich angenommen wurde und der verspricht, daß bis zum 1. April 1913 in eine Prüfung der Löhne der städtischen Arbeiter eingetreten werden soll, eitel Klunker ist, ein Versprechen, das nichts kostet und das zu vergessen man so fallabelnd fertig bringt, wie man neulich die Teuerungszulage niedergestimmt hat. Dieses Komödientenspiel hätte es wahrhaftig nicht bedurft. Erklärer wäre es schon gewesen, wenn sofort am 21. Dezember statt eines Vertagungsantrages ein Ablehnungsantrag von den „Bürgerlichen“ gestellt und durchgedrückt worden wäre.

Damals stand man aber kurz vor den Reichstagswahlen. Die Herren mußten sich deshalb etwas Zurückhaltung auferlegen. Es genügte ja, den Arbeitern vorläufig etwas „Hoffnung“ zu lassen. Nach den Wahlen konnte das Fehlende ja nachgeholt werden. Wie es damals schon in der „Tagwacht“ prophezeit wurde, ist es auch vollständig eingetroffen.

Wie aber, wenn unsere Kollegen, dem Beispiel der befol deten Gemeinderäte folgend, die Arbeit verweigern, bis ihre Forderung genehmigt ist? Man muß Gelegenheit gehabt haben, den Groll und die Erbitterung in der Masse der städtischen Arbeiter kennen zu lernen, um zu verstehen, daß mit einer solchen Möglichkeit zu rechnen ist. Dann mögen aber auch diejenigen die Verantwortung dafür übernehmen, welche die Arbeiter so weit getrieben haben.

Ein Schlag gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter in Wien.

In Nr. 6 der „Gewerkschaft“ konnten wir die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Zentralisationsorganisation der Wiener Gemeindeführer, die sich früher im Schlepptau der christlich-sozialen Partei befand, sich auf moderne Grundlage gestellt hat. Dies führte am 26. Januar d. J. zur Gründung des „Reichsvereins der Arbeiter und Bediensteten öffentlicher Betriebe“. Der neue Bruderverband sieht, wie wir, auf dem Boden der Betriebsorganisation und zählt in Wien zu seiner stärksten Gruppe die städtischen Straßenbahner. Wie es nun häufig passiert, daß Stadtverwaltungen oder einzelne Verwaltungsbeamte aus dem Häuschen geraten, wenn sich ihre Arbeiter organisieren, so auch in Wien. Am 1. März wurde in sämtlichen Vahnhöfen der Straßenbahnen folgender Mias angeschlagen:

„Direktionsverfügung.“

Es wird hiermit allen Angestellten der Gemeinde Wien-Städtische Straßenbahnen verboten, dem Reichsverein der in Gemeinde und öffentlichen Betrieben bediensteten Arbeiter Österreichs (ehemals Zentralisationsorganisation sämtlicher Gemeindeführer) als Mitglied anzugehören oder für denselben tätig zu sein.

Oben wird das Auflesen und Lesen der Zeitschrift „Der Verkehr“ im Dienste und in den Dienträumen der städtischen Straßenbahnen und auch außerhalb des Dienstes verboten. Die Nichtbeachtung dieses Verbots wird als Dienvergehen im Sinne der Dienstvorschriften geahndet.

Wien, am 1. März 1912. Spangler, Direktor.

Damit hat man einen Schlag gegen die Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter gesetzt, wie er in ähnlicher Weise nur vom Rat

der Stadt Dresden kürzlich gegen seine Straßenbahnangeestellten geführt wurde. In Kollegienkreisen glaubte man zuerst, daß es sich hier nur um einen Gewaltstreik des Straßenbahndirektors allein handle. Auch der Bürgermeister Dr. Reumayer, der von den sozialdemokratischen Gemeinderäten Krumann und Winarsky wegen dieser Sache interpelliert wurde, erklärte ausdrücklich, daß er von dieser Verfügung keine Kenntnis habe. Am Tage darauf wurde aber vom Gemeinderatsausschuß folgende offizielle Mitteilung ausgegeben:

„Die Verfügung der Direktion der Straßenbahnen, die mit Genehmigung des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Straßenbahnen erlassen ist, hatte darin ihren Grund, daß der Reichsverein der städtischen Arbeiter und Bediensteten der öffentlichen Betriebe eine Agitation unter den Bediensteten entwickelte, die täglich unzulässige Formen annahm und geeignet war, die Disziplin völlig zu untergraben, deren ein Unternehmen von so großem Personalstand, wie ihn die städtischen Straßenbahnen besitzen, unbedingt bedarf. Ramentlich bei das offizielle Organ des Vereins, „Der Verkauf“, schon seit längerer Zeit Ungehöriges in Verunglimpfungen der Gemeinderatsverwaltung, in Schmähungen und Beschimpfungen des Bürgermeisters und der sonstigen Vorgesetzten der städtischen Straßenbahnbediensteten geleitet.“

Damit deckt die Behörde in einem Verlegenheitsgestammel das Vergehen der Straßenbahndirektion. Es ist selbverständlich, daß, wenn die Kollegen diesen Gewaltstreik gegen ihr Streikrecht nicht gefallend, noch die Bevormundung, was für Zeitungen sie lesen und nicht lesen sollen, bieten lassen. Dieses Vergehen der Stadtverwaltung richtet sich gegen das letzte nicht nur gegen die Straßenbahner, sondern gegen alle städtischen Arbeiter. Die Erregung unter ihnen ist denn auch derart groß, daß selbst die Anhänger der Christlichsozialen davon mit ergriffen werden. Die Kollegen sind zum äußersten, selbst zum Streik bereit, wenn von der Stadtverwaltung nicht eingelenkt wird. Möge sich der Gemeinderat gegen sein lassen: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. — Die Sozialpolitik der gesamten deutschen Kollegen steht hinter unseren Wiener Arbeitsbrüdern.

Nachschrift: Wie wir aus der Tagespresse erfahren, hat die christlichsoziale Stadtverwaltung nun doch etwas eingelenkt, indem sie auf die Maßregelung der drei Straßenbahner verzichtet und sie vorzeitig zuangsweise pensionierte. Eine etwas ungewöhnliche Art, solche Konflikte beizulegen. Immerhin wird dadurch der geplante Streit unserer Wiener Kollegen aufgehoben.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 9. März 1912.

Das Ereignis der verflochtenen Reichstagswoche war die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Wiederholung der Präsidentenwahl. Im Verhältnis zu dem Geschehen, das zwischen heute und vor vier Wochen tagtäglich gemacht worden ist, und angesichts der Aufregung, die weiteste Volksschichten in dieser Angelegenheit erfaßt hatte, ist das Ergebnis der Wahl ein unendlich klägliches. In der Hauptfrage ist alles beim Alten geblieben, das heißt, sowohl der Präsident Macmuff wie der Vizepräsident Dove, beide von der fortschrittlichen Volkspartei, sind in ihrem Amte bestätigt worden; nur an Stelle des Sozialdemokraten Scheidemann ist der Nationalliberale Baasche als erster Vizepräsident gewählt worden. Das ist alles, und doch — für unsere politischen Zustände immerhin bedeutend genug. Durch diese Vorgänge und den eben geschilderten Ausgang der Wahl wird nämlich etwa folgendes deutlich dargestellt:

Erstens: Der Kampf und Kampf gegen die Sozialdemokratie seitens des Hofes, der Regierung und blauschwarzen Parteien dauert trotz unserer großen Wahlflut in ungeänderter Stärke fort. Die ganze Präsidentenwahl erhält geradezu allen dadurch ihren Sinn und ihre Bedeutung, daß Hof, Monarchie und blauschwarzer Block überhaupt kein anderes Ziel mehr hatten, als nur den verhassten Republikaner Scheidemann wieder aus dem Präsidenten des Deutschen Reichstages auszumergen. Um dieses Ziel willen verzweigte man sich, nachdem der Zentrumsmann Spahn als Präsidentenwahlkandidat gegen Macmuff durchgefallen war, überhaupt darauf, einen Blauschwarzen in das Präsidentenamt zu bringen. Als der erste Vizepräsident gewählt werden sollte und Scheidemann wieder von der Sozialdemokratie angetrieben wurde, ging man nun, unter dem direkten Druck des Reichstages, zum zweitenmal Schilling, künftens der Blauschwarzen legte so weit, daß man, entgegen allen seinen Vorzügen, die man noch eine Stunde vorher gelobt hatte, für den Nationalliberalen Baasche

seine Stimme abgab, obwohl Baasche dem linken Flügel der Nationalliberalen angehört und ein Gegner des blauschwarzen Blocks ist. Als aber dann bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten Scheidemann auch dafür von den Sozialdemokraten präferiert wurde, geschah gar das Ungehörliche, daß Blauschwarze und Nationalliberale fast Mann für Mann ihre Stimme dem Abgeordneten Dove, einem Mitgliede der fortschrittlichen Volkspartei, die gegenwärtig mit der Sozialdemokratie eng verbündet ist, gaben, während Dove selbst sowie die ganze fortschrittliche Volkspartei zusammen mit der Sozialdemokratie für Scheidemann stimmten! Und das alles, diese stufenweise politische Selbstentmannung der Blauschwarzen, nur, um auf alle Fälle zu verhüten, daß Scheidemann abermals wieder ins Präsidentenamt gewählt wird. Der Satz gegen die Sozialdemokraten ist bei den Blauschwarzen härter als die Rücksicht auf ihre eigene politische Reputation.

Zweitens: Der blauschwarze Block ist trotz allem und alledem im gegenwärtigen Reichstag in der Minderheit. Wenn bei einer Gelegenheit, so ist bei dieser der Präsidentenwahl von den Blauschwarzen alle Kraft zusammen- und der letzte Mann herangezogen worden. Aber alles hat nichts genutzt: gegen Macmuff, für den außer den Sozialdemokraten und Fortschrittler auch die Nationalliberalen Mann für Mann eintraten, mußte der blauschwarze Mandat Spahn die Segel streichen. Der blauschwarze Block ist demnach nicht fähig, selbständig, aus sich heraus in diesem Reichstag etwas Volkseindliches mehr zu unternehmen. Er ist mitamt der Regierung zur Charnach verdammte, solange ihm nicht von anderer, vor allem nationalliberaler Seite, Hilfe und Unterstützung kommt. Das aber ist heillos in jedem Augenblick in der Zukunft möglich.

Denn das ist das dritte Charakteristikum, was diese Präsidentenwahl offenbar gemacht hat: Die Nationalliberalen sind die unzuverlässigste und feigste Partei, die der Reichstag sein eigen nennt. Nach dem Anfall von Courage, den sie bei der letzten Wahl von vier Wochen gezeigt, und der sie veranlaßt hatte, für Scheidemann ganz und für Bebel teilweise zu stimmen, sind sie inzwischen in ihre alte trostlose Dalkheit zurückgefallen. Die Nationalliberalen haben zwar für den Fortschrittler Macmuff als Präsidenten, dann natürlich für ihren Parteigenossen Baasche als ersten Vizepräsidenten gestimmt, aber nicht nur nicht für Scheidemann als zweiten Vizepräsidenten, sondern — und das ist das allercharakteristischste und zugleich alleramablichste für sie — sie waren es auch, die die Blauschwarzen veranlassen wollten, statt Dove den Freikonserverativen Schull, der schon im vorigen Reichstag Vizepräsident war, auszuwählen, und sie selbst hatten sich bereit erklärt, alsdann, zur Belohnung dafür, daß die Blauschwarzen Baasche mitgewählt hatten, überhörtens Schull ihre Stimme zu geben. Das heißt also, daß diese Nationalliberalen einmütig Verrat nicht nur am gesamten Block der Linken, sondern insbesondere auch an ihren nächsten und treuesten Freunden, den Fortschrittler, zu üben bereit waren! Es muß die Aufgabe der Politik der nächsten Jahre und der nächsten Wahlen sein, diese charakterlose Partei überhaupt aus dem politischen Leben auszumergen.

Drittens: So unzuverlässig sich die Nationalliberalen, so zuverlässig haben sich in der ganzen Angelegenheit die Fortschrittler erwiesen. Sie haben bei allen Wahlen Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gearbeitet. Wie diese Macmuff gewählt, so haben die Fortschrittler Scheidemann ihre Stimme gegeben, selbst bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, wo ihr eigener Parteigenosse Dove von den Blauschwarzen aufgestellt worden war. Weiter kann man in der Tat die Bundesreue nicht treiben. Es kann nur dringend gewünscht werden, daß sie auch künftig so bleibt. Dann wird die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittler bei allen kommenden Wahlen des Reichstages schon ihre für das Volk segensreichen Wirkungen haben. F. Göhre.

• Wasserbauarbeiter •

Bad Aibling. Am 2. März d. J. tagte im Gasthaus zur Gledtriden eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die einen außerordentlich guten Erfolg aufzuweisen hatte. Die Ursache dazu bildet die bevorstehende Entlassung einer großen Anzahl von Wasserbauarbeitern, besonders die Entlassung des ersten Vorsitzenden der Zählstelle Aibling unseres Verbandes, Gauleiter Sebald. Während ebendieser die Verhältnisse und betonte, daß es zweckmäßig wäre, die Zahl der Arbeiter nicht allzu hoch ansetzen zu lassen, um nicht auf einmal gleich hundert und mehr Arbeiter entlassen zu müssen, die unter den gegebenen Verhältnissen nur schwer anderweitig ein Unterkommen finden. Sebald wandte sich der Mehrheit gegen den öffentlich einmütigen und auch erwiderten Argumenten Weber wegen der Entlassung des Arbeitsverfassenden, Aufhänger Weber hat etwas allzu rauhe Ausdrucksformen. Widerspruch duldet er nicht. Er geht auf seinen Partikeln wie ein Ferkel. Forderung finden diese Anzeigen durch, daß die Wasserbauarbeiter in ihren Verhältnissen allzu stark eingeschränkt lassen. Gegen das Verhalten des Aufhänger werden nun verschiedene Klagen laut. Nicht offen, sondern geheim, gewissermaßen

mit der Faust in der Tasche, kommen die Wasserbauer zur Verhandlung. Obwohl der Sitzenbleibende Niedermeier befreit, eine solche Neuerung gebraucht zu haben, fand sich ein „nützliches Element“, das machte sich einen Stein ins Brett zu setzen, indem es dem Aufhänger hinterbrachte, Niedermeier hätte gesagt: „Dem werden wir's Maul schon noch heppen.“ Das mußte nun gerochen werden durch die Entlassung Niedermeiers, der — wie Aufhänger Weber selbst jagab — ein durchaus fleißiger und brauchbarer Arbeiter ist. Aufhänger Weber machte die Anschuldigungen zu entkräften und sein ganzes Verhalten mit einer gewissen Verbämme zu umkleiden. Dabei passierte ihm das Kalbeur, daß er jagab, daß ihm über die Versammlungen der organisierten Wasserbauarbeiter, die schematisch bespizelt werden, getreulich berichtet wird. Was Herr Weber darauf zu hören bekam, wird er sobald nicht vergessen. Auch von Wasserbauarbeitern selbst wurde ihm nachgesagt, daß eben verschiedenes doch anders ist, als es der Herr Aufhänger vorzutragen beliebt. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die erlangene Entlassung als völlig unangenehm bezeichnet und es ferner als unwürdig eines staatlichen Betriebes erachtet wird, daß Demunizanten und Spizel ihr unüberdieses Spiel treiben können. Jedenfalls dürfte sich dem Aufhänger Weber die Ermüdung aufgedrängt haben, daß es angezeigt ist, solchen Gehäuer die Tür zu weisen, so oft es sich nur finden läßt. Würden solchen Beschuldigungen gegenüber die Beteiligten Aug in Aug gegenübergestellt, so würde die Verleumderei und Ehrenbläse bald aufhören. Hoffen wir also, daß hier für die nötige Remedur gesorgt wird. Am übrigen ist es Aufgabe der Arbeiter, durch vollständigen Beitritt die Bemühungen der Organisation zu unterstützen.

◆ Cheaterarbeiter ◆

Nürnberg. Wir haben in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ d. N. von der Änderung des Tarifvertrages der Theaterarbeiter berichtet, und bringen heute den Wortlaut dieser Vereinbarungen, die als Anhang des Tarifs von 1910 gelten. Gewerkschaft Nr. 10 1910: Anhang zum Tarifvertrag vom 1. Oktober 1910, gültig vom 1. Januar 1912 ab. Es wurde gegenseitig vereinbart, daß ab 1. Januar 1912 folgender Anhang für die Dauer des jetzt gültigen Tarifvertrages gelten soll: „Der erste und zweite Schürmermeister, der Regaginsverwalter, der erste Schreiner, der hellwertende 1. Übermaßschmied und die zwei Seitenmeister erhalten als Anfangsgehälter 105 Mk. monatlich und als Höchstgehälter 135 Mk. monatlich. Die Gehaltsverordnungen sind genau dieselben wie bei den anderen Gruppen. Der Meister zählt zu den Bühnenarbeitern, es gelten also die Bestimmungen für ihn, die in dem Tarifvertrag für die Bühnenarbeiter vorgegeben sind.“

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Würzburg. Unsere Kollegen hatten schon vor Monaten um Regelung ihrer Lohnverhältnisse und Gewährung einer Feuerungszulage von 30 bis 40 Mk., abgesehen nach der Stundenzahl, nachgesucht. Bezüglich der Höhe war Umwandlung des Stundenlohnes in Wochenlohn und Einteilung in vier Lohnklassen mit bestimmtem Anfangs- und Höchstlohn gefordert, und zwar: 12 bis 18 Mk., 19 bis 25 Mk., 22 bis 28 Mk., 25 bis 31 Mk. Zu diesen Forderungen nahm der Magistrat eine kurzlich Stellung; die Einführung von Wochenlohn und die Feuerungszulagen lehnte er rundweg ab. Dagegen soll ein „automatischer“ Lohnarif eingeführt werden; der Tagelohn wird für volljährige männliche Arbeiter um 20, für minderjährige und für weibliche Arbeiter um 10 Pf. pro Tag erhöht. Weitere Forderungen sollen nicht vor 1915 eintreten! — Ob sich freilich unsere Kollegen so lange in Geduld sitzen, nicht abzuwarten.

◆ Aus unierer Bewegung ◆

Berlin. In einer Mitgliederversammlung unserer Abteile, die am 7. März d. N. den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte, hielt der Reichstagsabg. H. Zorn nicht einen lehrreichen Vortrag über die sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften und legte eingehend dar, wie wichtig die sozialpolitische Gewerkschaft für die Sicherung von Leben und Gesundheit des Arbeiters ist, und welches Interesse die Arbeiterklasse an der Gewährung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterrechts hat. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Sodann machte der Vorsitzende Wutke verschiedene Mitteilungen und erwähnte unter anderem, daß die von unierem Genossen im Berliner Rathaus durchgeführte Feuerungszulage sonderbarerweise vom Magistrat so gerechelt und aufgeschoben wird, daß alle diejenigen, die in Betrieben arbeiten, wo das Depulat besteht, noch keine Zulage erhalten haben. Es kommen hierbei namentlich die Angestellten und Arbeiter der Pflanzstätten und der Meißelfelder in Betracht, und es ist ganz unverständlich, warum

man diese, die es ebenso nötig haben, von der Feuerungszulage ausschließen will. Die Angelegenheit wird jetzt im Etatsauschuß zur Beratung kommen, und man darf wohl erwarten, daß der Magistrat seinen merkwürdigen Beschluß aufhebt. In Rummelsburg in die Feuerungszulage gewährt worden, in Lichtenberg aber liegt die Sache so, daß die Gemeindevertretung die Feuerungszulage beschlossen hat, der Magistrat sie aber, wie eben jetzt bekannt wird, ablehnt. — Der Redner erwähnte ferner die emporende Behandlung, der unier Vertrauensfaktoren Schabel ausgespielt war, der bekanntlich, ohne daß irgendwelche Beweise vorlagen, wegen Mordes verhaftet wurde. In den Kreisen des Gemeindefreierverbandes hat von Anfang an keiner daran gezweifelt, daß Schabel gänzlich unschuldig war. Die Behandlung, die er erfahren mußte, hat ihn so mitgenommen, daß er nun, von einem schwereren Kräfteleiden befallen, zur Erholung nach seiner Heimat im Schwarzwalde reisen mußte. — In der Diskussion zeigte es sich, daß die Versammelten empört waren über diese Vorgänge und sich mit Absicht von den Plätzen wendeten, die in geradezu schamloser Weise über ihren Kollegen Schabel und gleichzeitig über die organisierten Arbeiterbesitzer berieten. Außerdem gaben verschiedene Diskussionsredner in harten Worten ihre Mißbilligung darüber kund, daß der Berliner Magistrat einen Teil der Gemeindefreier von der bestkloffenen Feuerungszulage ausschließt, und der Lichtberger Magistrat sie überhaupt abschneidet. Es wurde sodann noch der Beschluß gefaßt, eine Petitionskommission einzusetzen, die die Verwaltung der Pflanzstätten sowie die Ausgabe der Bücher übernehmen soll. Die Kommission besteht aus sechs Mitgliedern und wird: gleichzeitig in der Versammlung gewählt.

Berlin. „Städtische Straßenbahn.“ Eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Handwerker des Hauptdepots nahm zu der neuesten Maßnahme der Betriebsleitung Stellung. Im voraus Monat reichte der Arbeiterauschuß auf Verlangen der Städtischen Verwaltung eine Reihe von Anträgen an. Derselben betrafen die Abhilfe vorhandener Mängel im Betrieb. Dann wurde weiter eine Anfrage bezüglich der Erledigung des schon am 27. November v. J. gestellten Antrages betr. Einführung des Kennzeichnens der Arbeiterauschüsse. Hauptächlich wurde aber verlangt, durch Ausgabe des Realelements für den Arbeiterauschuß, den unieren Vorgesetzten eine Aufklärung über die Rechte des Arbeiterauschusses zu verschaffen. Auf die eingereichte Anfrage erteilte der Vorsitzende des Arbeiterauschusses Dr. Jna. Dietrich unter dem 29. Februar nachfolgenden Bescheid:

„Auf Ihre in Gemeinshaft mit den Vertretungsstellen Vort und Gürtel unter dem 21. er. eingereichte Eingabe wird Ihnen erwidert, daß ich nicht beabsichtige mit dem Bestehen durch die vorstehend genannten Angehörigen gebildeten Arbeiterauschuß weiterhin über Angelegenheiten des Betriebes zu verhandeln. Da voraussichtlich in naher Zeit ein nach den Grundsätzen der städtischen Verwaltung gewählter Arbeiterauschuß zu diesem Zwecke eingesetzt werden wird.“

Sollten in der Zwischenzeit irgendwelche Wünsche bezüglich der Betriebsverrichtungen vorgebracht werden, so sind diese auf dem vorgeschriebenen Dienstwege durch den Werkmeister bzw. Bahnhofsmeister an den Betriebsingenieur zur Weitergabe an mich vorzulegen.“

Die Weigerung des Betriebsleiters, die eingereichten Anträge zu verhandeln, in eine Verletzung der Gesamtsolidarität. Die- selbe protestierte ermitlung dagegen. In den nächsten Tagen ist es bisher noch nicht vorgekommen, daß solche sozialmindernde Maßnahmen gegen die anerkannten Arbeiterauschüsse in Anwendung kamen. Der Herr Betriebsleiter ist wohl gegen seinen Willen dazu gedrängt worden, den bestehenden Arbeiterauschuß anzuerkennen. Wenn derselbe aber seit ca. einem Jahre mit demselben verhandelt, baute derselbe schon lange die Verpflichtung, die den Auschüßmitgliedern zuteilenden Rechte zu respektieren. Er hat das nicht getan. Er ließ sich vielmehr Schritt für Schritt drängen, die diesbezüglichen Grundfälle der städtischen Verwaltung anzuerkennen. Auch heute jongliert der Herr in aller Unwissenheit über die ihm bekannten Grundfälle hinweg. Gewalt scheint hier vor Recht zu ergeben. Etwas läßt bislang die Wahlperiode der Arbeiterauschüßmitglieder 3 Jahre. Ein Jahr ist der Auschüß aber ein in Kraft. Dann weiter, soll man etwa aus dem Scherben die Auflösung des bestehenden Auschüßes herauslesen, so wäre dieselbe aus zwei Gründen zu Unrecht erfolgt. In den städtischen Betrieben ist es nicht Brauch und Unsinn, daß die Vorsitzenden der Arbeiterauschüsse dieselben auflösen können. Dann würde die eine Partei Richter in eigener Sache sein. Zur die Auflösung ist immer nur die vorgesehene Behörde kompetent. Dann kann der Auschüß aber nur aufgelöst werden, wenn derselbe sich als unzulänglich zur Erfüllung der gestellten Aufgaben erweist. Das trifft nicht zu. Der Betriebsleiter kann das auch gar nicht behaupten und wendet sich darum um diese Frage wie ein Kalb herum. Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltungen des Gemeindefreierverbandes und Metallarbeiterverbandes, sich beschwerdeführend an den Betriebsauschüß zu wenden. Derselbe soll ersucht werden, den Betriebsleiter anzuweisen, die eingereichten Anträge im Arbeiterauschüß zu verhandeln. Es gilt für die städtischen Körperchaften die Probe, ob die so viel gerühmte soziale Einrichtung der Arbeiter-

auschüsse auch gegen den Willen eines Betriebsleiters wirklich als eine anerkannte Vertretung des Personals gewertet werden kann. Wir wolkens abwarten.

Berlin Josef. Am 25. Februar d. J. fand eine Versammlung im den genannten Bezirk in Enebrügge statt. Der Bericht war ein guter. In derselben gab Kollege Nble zunächst einen Bericht über die speziell für an der Unterelbe beschäftigten Waggerei- und Staatsarbeiter in Betracht kommenden Vorgänge und ein- gereichten Regelungen, dem ich ein Rückblick auf das Gesamt- ergebnis der Organisationsarbeit der Zentrale Hamburg im Jahre 1911 anfschloß. Sodann erfolgte die Wahl der Bezirksleitung und Benützung der Untertafelner. Der frühere Bezirksleiter hat seinen Posten mit Zustimmung des Ahtalvorsandes an einen anderen Kollegen abgegeben. Die Hebernahme erfolgte in voll- kommen geregelter Weise. Mit der Aufforderung, auch die während der Wahlperiode erworbene Mitgliedschaft in der politischen Or- ganisation anrecht zu erhalten und dort tätige Mitarbeit zu leisten, schloß die Versammlung.

Göthen i. A. Unter den Gasarbeitern des privaten Gas- werkes ein eigenes Werk besitzt die Stadt noch nicht und unter den nächsten Arbeitern in seit längerer Zeit eine rege und auch verhältnismäßig erfolgreiche Agitation entfaltet worden. Am 9. März d. J. fand in der Ludwigsballe eine Mitglieder-versamm- lung statt, zu der auch eine größere Anzahl dem Verbanne noch nicht angehöriger städtischer Arbeiter erschienen waren. Es handelte sich darum, eine Besprechung über bei der Stadtverwaltung zu stellende Anträge auf Verbesserung der Lohn und Arbeitsverhält- nisse der städtischen Arbeiter. Neben dem Referenten Stadter- wärter A. Sommer war noch der Stadtv. W. Ibeneger er- schienen. Der Referent gab eine Hebericht über die schlechten Lohn und sonstigen Verhältnisse. Schuld daran seien in erster Linie die Arbeiter selbst, die es bis vor kurzer Zeit trotz aller Agi- tation nicht für nötig hielten, sich zu organisieren. Aber auch die kuppelnden Stadtverordneten haben es bisher an dem nötigen Willen fehlen lassen, selbst einzugreifen. An einzelnen Beispielen wies der Redner nach, daß einzig und allein die sozialdemokratische Vertreter im Gemeinderat die Interessen der Arbeiter wahr- nehmen. Deshalb müßten insbesondere die städtischen Arbeiter die Mitarbeit ablegen, sich gewerkschaftlich, politisch und gemeinschaftlich organisieren und auflösen. Nur dem aufgeschulten Arbeiter, der da weiß, was er will, wird sein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Nach einer sich daran anschließenden Diskussion und nach Entscheidung einiger Verbandsangelegenheiten ließen sich 11 städtische Arbeiter in den Verband aufnehmen. In der Erfolg auch nicht allzu groß, so zeigt er doch, daß unsere Kollegen allmählich aus ihrer Interesslosigkeit erwachen. In etwa drei Wochen findet die nächste Versammlung statt, in der Stadtv. Sommer über die Ver- handlungen berichten wird, da dieser der Kommission im Gemein- de rat angehört, die zur Behandlung der Lohnfrage eingesetzt ist.

Guzhauen. In der Versammlung am 21. Februar, welche aus- nahmsweise gleich nach Beendigung der Arbeit stattfand, waren auch eine größere Anzahl der am Land beschäftigten Regearbeiter an- wesend. Der Entgegennahme des Arbeiterauschussesberichtes schloß sich der Jahresbericht des Bezirks sowie der Zentrale an. Alle drei zeigten günstige Ergebnisse der im Jahre 1911 geleisteten Tätig- keit. Sowohl für beim Strom und Hafenbau, wie bei der Außerer- inspektion beschäftigte Arbeiter sind Lohnaufbesserungen erreicht und eine ganze Reihe anderer auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben. Der Angelegenheiten in den allermeisten Fällen günstig geregelt worden. Die Errichtung eines Arbeiterauschusses für bei der De- putation für Handel und Schiffahrt beschäftigte Arbeiter steht noch aus, doch soll hier erneut vorgegangen werden. Notwendig ist natürlich die volle Anteilnahme der in Betracht kommenden Kolle- gen. Eine Anzahl Anträge, unter denen sich die Einführung von Wochenlöhnen für die Regearbeiter sowie Verlängerung des Ur- laubs für besonders schwere Arbeiten verrichtende Arbeiter befin- den, wurden dem Arbeiterauschuss überwiesen. Nach erfolgter Wahl der Bezirksleitung, der Vertrauensleute sowie Martelldele- gierten gab der Vorsitzende noch einige die allgemeine Arbeiter- schaft Guzhaus betreffende Angelegenheiten bekannt. Die nächste Bezirksversammlung findet wieder zur regelmäßigen Zeit, abends 8 1/2 Uhr statt.

Kinkenwärders (Hamburg). Die Kollegen des Bezirks nahmen in der gut besuchten Versammlung vom 2. März d. J. zunächst den Jahresbericht der Bezirksleitung entgegen. Aus demselben ging hervor, daß trotz der ziemlich harten Konjunktions, hervorgerufen durch die Saisonarbeit wie durch in anderen Gegenden Norddeutsch- lands wohnende während der Saison aber bei der Waggerei beschäf- tigte Arbeiter eine Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Am Ende des Jahres 1910 zählte der Bezirk 113, am Schlusse des Jahres 1911 150 Mitglieder. Kollege Nble gab sodann eine kurze Hebericht über das Ergebnis der Organisationsarbeit im Jahre 1911. Die Haupttätigkeit der Organisation in dieser Zeit lag auf dem Gebiete der Lohnregulierung. Nachdem die Organi- sation in der ersten Hälfte des verfloffenen Jahres ihres We- sentlichen den Beweis der Lebensfähigkeit geliefert, galt ihr ganzes Bestreben neben der Erringung von Urlaub, Weiterzahlung des

Vohnes und Errichtung einer Alters-, Witwen- und Waisenverfor- gung, der Aufwärtsentwicklung der Löhne. Dabei sei in den ersten Jahren dieser Tätigkeit die einheitliche Ausgestaltung der Lohnver- hältnisse naturgemäß nicht so beachtet worden. Diesem Mangel habe das Jahr 1911 bis zu einem geringen Teile abgeholfen. Es brachte in erster Linie eine einheitliche Festlegung der Löhne gleichartiger Handwerkerkategorien, sowie zum Teil anderer Ar- beiterkategorien in den hamburgischen Staatsbetrieben. Dadurch sei für die Zukunft ein gemeinschaftliches, einmütiges Weiterarbei- ten dieser Arbeitergruppen gegeben. Ab 1. Januar d. J. wurde auch den Waggerei- und Staatsarbeitern des Landgebietes 4 Mk. Tagelohn ohne Abzug im Winter gezahlt. Pflicht der Mitglieder sei es aber, nun auch die Weiterentwicklung aufmerksam zu ver- folgen und nicht durch Unkenntnis oder Passivität zu hindern. Der zweite wichtige Faktor des Arbeitsverhältnisses sei die Arbeitszeit. Diese betrage heute noch 10 Stunden täglich und es sei dringende Notwendigkeit, eine Verkürzung derselben anzustreben. Hier liege die Hauptarbeit der hamburgischen Staatsarbeiter für das Jahr 1912. Nachherade müßten auch die Behörden einsehen, daß Staats- betriebe ihre Arbeitszeit nicht in alle Einzelheiten konfervieren konn- ten, sondern sie den Zeitverhältnissen anzupassen hätten, wenn man nicht, wie es eigentlich sein sollte, diesen als Wegweiser dienen wolle. Am Schlusse einer längeren Diskussion, in welcher auch der Bericht über die Tätigkeit des Waggereiauschießes sowie einige Bescheide der Behörde einer Kritik unterzogen wurden, einigte sich die Versammlung auf mehrere Anträge für die nächste Arbeiteraus- schußsitzung. Unter denselben befindet sich auch der Antrag auf Einmündung der neuwählenden städtischen Arbeitszeit. Aus den weiteren Verhandlungen der Versammlung verdient der Wunsch, eine Sicherstellung der Verbandsvertragsammlung gegen Mißfall zu schaffen, Erwähnung.

Kranfurt a. M. Am 3. März laute die diesjährige General- versammlung. Der Massen- und Gewerkschaftsbericht vom 1. Quartal zeigte, daß sich die Zentrale in erfreulicher Weise weiter entwickelt hat. Neben einer Zunahme von 75 ordnungsmäßigen und 115 zahlenden Mit- gliedern hat sich auch der Massenbestand um 661,90 Mk. vermehrt. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. Sodann erwarteter Kollege Schneider den Jahresbericht. Aus demselben ist eine recht erfreuliche Entwicklung unserer Organisation am Orte zu ent- nehmen. Eintritte waren im ganzen 613, darunter 1 weibliche, zu verzeichnen. Die ordnungsmäßigen Mitglieder wogen von 1276 am Schlusse des Jahres 1910 auf 1525, die zahlenden Mitglieder ver- mehrt sich von 1042 auf 1110, so daß eine Gesamtzunahme von 249 resp. 318 zu verzeichnen ist. Wäre nicht die Konjunktions so enorm der 613 Eintritte stehen 367 Austritte gegenüber, dann wäre die Zunahme noch eine viel bessere. Es müssen daher Maß- nahmen getroffen werden, um diese noch Erödernung zu bewahren. Der Markenverkauf ist als ein annehmbares zu bezeichnen. Es wurden verkauft 65775 männliche, 596 weibliche Vertragsmarken und 130 für pensionierte Mitglieder. An Kontoverbindungen wurden 775,87 Mk. und an Zinsen 176,66 Mk. eingenommen. Die gesamten Einnahmen inkl. des Massenbestandes von 4997,29 Mk. betragen 35.909,87 Mk. Dem stehen die Ausgaben mit 28.405,43 Mk. gegen- über. In die Hauptkasse wurden 20.171,73 Mk. gefandt, darunter 15.258,25 Mk. in bar und 4866,50 Mk. in Einzahlungen. Die im Auftrage der Hauptkasse ausgesetzten Unterzahlungen betragen für Sterbegeld 380 Mk., für Kranfengeld 1229,50 Mk., Arbeits- losunterstützung 238 Mk., Gemeinnützigkeitsunterstützung 69 Mk. Ein großer Teil der Beiträge ist also wieder durch die Unter- stützungen an die Mitglieder zurückgefließen. Die Gesamtausgabe der Zentrale beträgt 82.307,70 Mk. Der Massenbestand ist von 4997,29 Mark auf 7501,11 Mk. demnach um 2507,15 Mk. gestiegen. Heber die Lohnbewegungen vertriebe in ausführlicher Weise Hoff- Karole. Auch auf diesem Gebiete ist sehr viel zu leisten ge- wesen und auch manches erzielt worden. Im Vordereiffen der Kämpfe um Verbesserung der Lohn und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen stand die Tarifbewegung der Gasarbeiter. Sie konnte nach Heberwindung vertriebener Schwierigkeiten zu einem erfolg- reichen Ende geführt werden. Ein Tarifvertrag, der auf drei Jahre abgeschlossen wurde, brachte neben der neuwählenden Arbeitszeit für sämtliche Tagarbeiter auch annehmbare Lohnverböbungen unter Anwendung von Staffellohnen sowie wesentliche Verbesserung des Urlaubs. Auf diesen Erfolg können die Kranfurter Gasarbeiter stolz sein und das um so mehr, da er in verhältnismäßig kurzer Zeit erkämpft wurde. Für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter wurde der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in zäher Ausdauer weitergeführt. Am Januar stellten sämtliche Arbeiterauschüsse an ihre Verwaltung den Antrag auf Einführung der neun resp. achtmündigen Arbeitszeit für die Schichtwechsel- arbeiter, die Manalipuler und die Maachwalder der Straßenbahn. Gleichzeitig wurde von allen Ausschüssen die Einführung eines Generalarbeiterauschusses gefordert. Beide Anträge wurden nach alter Heberlieferung dem Magistrat überwiesen. Der sozialpolitische Kranfurter Magistrat hat aber bisher noch keine Zeit abetakt, auf diese Anträge zu antworten. Nach den bisher gemachten Erfah- rungen braucht man hier im Magistratsamt lange Zeit, ehe ein solches Et ausgebrütet wird; in der Regel ist es dann inzwischen fast geworden, und die Arbeiter haben das Nachsehen. So scheint

es auch wieder mit diesen Anträgen zu gehen, die sicher noch in irgendeinem verstaubten Aktenschrank liegen. Mit wahrer Virtuosität hat der Magistrat in einer Denkschrift über die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben „Verfügungen“ von 5, 7 und 8 Minuten herausgeredet. Mit diesen Dingen haben sich im verflochtenen Jahre zwei öffentliche Versammlungen beschäftigt, in denen Stadw. Dopf und stell. Marole das magistralische „Wohlbewollen“ einnehmend unter die Lupe nahmen. Durch die im vorigen Sommer rapide in die Erscheinung getretene Teuerung haben sich unsere Kollegen veranlaßt, auch wieder der Lohnfrage ihr Augenmerk zuzuwenden. Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, was der Magistrat in Anbetracht der Teuerung zu tun gedenke, erlarte er, daß er bereits eine Vorlage über die Erhöhung der Löhne vorbereitet. Als dann die Magistratsvorlage kam, war inzwischen aus dem angekündigten Straßenspektakel ein ständisches geworden: nur jeder handige, verbeitete Arbeiter sollte eine Familienzulage von 5 Mk. pro Monat erhalten. Danach wären 1920 — 55,11 Proz. der gesamten städtischen Arbeiter und Bediensteten den jeder Verbesserung ausgeschloßen geblieben. Eine öffentliche Versammlung, die sich mit dieser Frage beschäftigte, ließ sich dabei, sofort eine Eingabe um offizielle Erhöhung der Löhne einzurichten, was auch geschah. Dieses Vorgehen hatte den Erfolg, daß auch die unständigen Arbeiter, so wie die verbeiratet und oder für Angehörige zu sorgen haben und drei Monate bei der Stadt beschäftigt sind, die Familienzulage von 5 Mk. pro Monat erhalten. Außerdem wurden in einer großen Anzahl von Fällen durch Anträge der Arbeiterauschüsse und Heimere Eingaben die Interessen der stollen wahr genommen und Berücksichtigung erreicht. Es ist somit auch nach dieser Richtung hin alles getan worden, was nach Lage der Verhältnisse anmöglich war. Wenn in verschiedenen Fällen nicht immer der volle Erfolg erzielt werden konnte, so liegt die Hauptschuld daran, daß immer noch ein erheblicher Teil der städtischen Arbeiter ruhig steht, wie sich der andere Teil unaufrichtig um die Verbesserung der Verhältnisse bemüht. Diese müssen daher für die Erhaltung der Familienkasse einwandlos sein. Wenn sich alle Kollegen mit der ganzen Person in den Dienst der Sache stellen, muß in diesem Jahr das zweite Tausend an Mitarbeitern voll werden. Dem mit Verfall ankommenen Bericht folgte eine kurze Diskussion. So dann wurde zur Kenntnis des Vorstandes gerufen. In Stelle des zum Geschäftsführer gewählten Kollegen Schneider wurde der Kollege Schulz zum Vorsitzenden gewählt. In der übrigen Zusammenkunft des Vorstandes trat eine wesentliche Veränderung nicht ein. In der bevorstehenden Konferenz; wurde beschloßen, acht Delegierte zu entsenden. Die Wahl fiel auf die Kollegen Schulz, Schneider, Doehner, Acker, Motern, Lehmann, Werner und Dicht. Nach einer kurzen Diskussion im Verlaufe des erfolgte Schluß der Versammlung.

Gießen. Nach wenig sozialem Verständnis scheint unser Magistrat zu haben, wie aus folgenden Tatsachen zu ersehen ist. Am 1. Oktober 1911, die städtischen Arbeiter durch ihren Arbeiteraus-schluß um eine Teuerungszulage nachsichten, da war kein Geld und man hat keine Teuerung. Da, denn sie wurde von den Stadtvatern glattewegs arakelut. Daß aber Geld gemacht da ist, zeigt folgen-des: Es wurde im Januar 1912 dem Direktor des städtischen elek-trischen Werkes das Gehalt um 1000 Mk. erhöht. Aber die Herren Stadtväter wissen auch in anderer Hinsicht noch, wozu Geld da ist. So wurden im Februar 1912 der Giesener Marinevalpurgisfest 500 Mk. bewendet, zur Würdevollen ! Abhaltung des Marineballs 1912. Rechnen man nun noch das Dekorieren der Straßen und Plätze sowie das Stellen der Fahnenmasten, was alles auf nächste Kosten geschickt, hinzu, so kommen rund 2000 Mk. zusammen. Dieses Geld hat der Magistrat der Stadt Gießen amstandslos bewilligt, aber um die Not der Arbeiter zu lindern, war kein Geld da. Die Giesener Steuerzahler sollten dagegen profitieren. Eine Lehre werden aber auch die Arbeiter hieraus ziehen, denn sie sehen hieran, daß für ihre Unterdrücker und für Veranlagungen Geld genug da ist, aber für ihre gerechte Forderung das Gegenteil. Dieses wird auch den fernstehenden Arbeitern die Augen öffnen, sie werden hieraus lernen, daß nur eine fernstehende Organisation ihre Lage verbessern kann. Der Individualismus muß zu der Überzeugung kommen, daß er durch sein Kernbleiben von der Teuerung keine Lage nicht verbessern kann.

Hamburg. Die Jahrversammlung, stattgefunden am 20. De-zember im Gewerkschaftshaus, war gut besucht. Den Geschäfts-bericht pro 1911 erstattete Able. Der Jahresbericht wurde von Werfel erläutert. In der Debatte erklärte u. a. der Vorstand hätte schon längst für die Annahme eines dritten Sekretärs ein-treten müssen. Im Verlaufe der Sitzung wurde eine Resolutionen stattgefunden und doch nicht genug. Die Diskussion hätte nettemweise intensiver abzuwickeln werden müssen. Damit es infolgedessen besser werde, sei die Annahme einer parlamentarischen Vollkraft notwendig. U. beantragte die Versammlung beauftragt den Vorstand, auf die Tagesordnung der nächsten Mitarbeiterversammlung die Frage der Annahme eines dritten Sekretärs zu setzen. D. tritt in lan-gere Rede für Annahme der beiden Vorschläge ein. Weiter wurde den Kassieren acht Prozent der eingehenden regulären Einnahmen als Prämium gewährt. Dies sei zwar, besetzte Kassier würden an Gehalt weniger bekommen. Es sei heute zu

beschließen, zum 1. April d. J. acht Kassierer anzustellen. Neben beschwerte sich über Unentschiedenheit des Vorstandes, betreffend die Organisation der Mitarbeiter. Gegenwärtig rivalisieren wir und der Transportarbeiterverband in Rivalität um die Mitarbeiter. Dieser Zustand sei untragbar. Nur ein Verband dürfe als zuständig gelten, dies müsse in einer gemeinsamen Versamm-lung der am Staatslot beschäftigten Mitglieder beider Verbände entschieden werden, und der Vorstand sei zu verpflichten, die Ein-berufung der Versammlung zu veranlassen. D. beantragt, die Ver-sammlung wolle in Gemäßheit seiner Ausführungen beschließen. Mr. spricht für den Antrag von M. und moniert, daß viele Mit-glieder niemals Ertragsbeiträge zahlen wollen. U. kritisiert die Höhe der Ausgaben für Bureaukosten. Er wendet sich dann gegen den Antrag von M. Wenn der Vorstand die Arbeiter nicht bewilligen könne, würde er früh genug mit einem Antrag auf An-nahme eines Beamten an die Mitglieder beauftragt. Der Antrag von M. sei deshalb abzulehnen. U. verweist in dem beschloßen her-ausgegebenen Geschäftsbericht die Mitteilung, daß zwei Landchen-konferenzen, einberufen vom Verbandsvorstand, unter Teilnahme unserer Mitale stattgefunden. U. polemisiert gegen Ansetzung beschloßener Kassierer und rügt, daß viele Mitglieder ihre Frauen nicht aufklären über den Zweck des Verbandes, und besonders über die Notwendigkeit der Ertragsbeiträge bei Streiks. Die Frauen fragen den Kassierer immer wieder: „Warum müssen wir eine Kasse-marie nehmen?“ Oder: „Wofür sind die Ertragsbeiträge? Mein Mann sagt mir nie etwas davon.“ Andere Frauen wiederholen öfters: „Mein Mann soll anstrecken!“ Und der Mann hält sich dann in der Kammer oder auf dem Boden versteckt, und der Kassierer kann sich mundenlang abmühen, die Frau über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären. Einige Frauen, die ihre Männer noch trauer an der Hand haben, so daß er im Hause nicht gegen Willen der Frau müßten darf, schließen einmütig die Tür am die Zeit, wenn der Kassierer zu kommen pflegt; die Tür wird natür-lich nicht geöffnet, und wenn der Kassierer noch so lange klopft und wartet. Es gibt allerdings auch Frauen, leider nur wenige, die viel klüger sind als ihre Männer, und dem kurzschäftigen Gatten einfach erklären: „Der Verband muß sein, sonst wird es uns noch schlechter gehen.“ Bei einem Wohnungswechsel verjähren es manche Mitglieder abends, den Kassierer oder auf dem Ver-bandsbüro den Nutzen zu melden, und zwar deshalb, um da-durch aus dem Verband herauszukommen. Werden solche Kollegen dann schlecht einmal zur Rede gestellt, antworten sie die unwahre Antwort: „Der Kassierer ist ja nicht wiederkommen.“ Die über-erogene Wehrzahl der Mitglieder und ihre Frauen zahlen zwar die fälligen Beiträge pünktlich und ohne Murren, die verhältnismäßig geringe Zahl der übrigen Mitglieder und ihre Frauen, die sich immer dann oder fast oder verächtlich stellen, macht aber den Kassierern ihren mißvollen Vorden schwer. Beschloßene Kassierer würden solche Mitglieder bald freiden müssen. U. stellt in dieser Frage auf demselben Standpunkt. Gegen D. müsse er anführen, daß auch von vielen Mitarbeitern die Beiträge immer zu bestimmen seien. Kammer wurde Schluß der Debatte beschloßen. Der Vor-sitzende erklärt, er müsse die Besetzung zurückweisen, daß die Wehrzahl der Mitarbeiter nicht pflichtgemäß Beiträge einbringe. Gegen den Antrag M. seien Bedenken nicht zu erheben. Es handele sich zunächst ja nur um eine Erörterung der Frage, ob ein dritter Sekretär notwendig sei. Die von D. gestellten Anträge, ernens: zum 1. April d. J. acht beschloßene Kassierer anzustellen, und zweitens: den Transportarbeiterverband zu bitten, mit uns über die Frage zu verhandeln, ob wir oder er die am Staatslot allein zuständige Organisation sein solle, müssen abgelehnt werden. Die Versammlung folgte in der Annahme des Vorschlägen des Vor-sitzenden. Auf Antrag des Revierverwalters wurde dem Haupt-kassierer Debarge erteilt. Zur Wahl des Vorstandes wurde von U. empfohlen, an seiner Stelle Able als Vorsitzenden zu wählen. Die Wahl ergab u. a. folgendes Resultat: Schomberg und Able Vor-sitzende, Werfel, Hauptkassierer. Vom Vorsitzenden wurde beantragt, für 1912 wieder eine Kasse zu 50 Pf. zu beschließen. Ferner: Nur unversichert in der Kasse, der Dauer ihrer Mitgliedschaft nach unternehmensberechtigte Mitglieder insgesamt 557 Mk. als Unterstützung zu bewilligen. Beide Anträge fanden die Zustim-mung aller Versammelten.

Hamburg. Die Arbeiter und Handwerker der Wasserbau-inspektion Hafensunterhaltung bestien am 21. Februar eine Versammlung im Neuen St. Georgs Gesellschaftshaus ab. Das einleitende Referat hatte der Kollege Liebrecht übernommen, wobei an der Hand der Protokolle der im vergangenen Jahr statt-gefundenen Arbeiterauschüßungen und des im August 1911 in West-beretenen, Vorkarats die Lohn und Arbeitsbedingungen skandete. Obwohl ein Teil der Arbeiter die Tätigkeit des Arbeiterauschüßes recht niedrig einschätzte, so ist durch die Zahl der in den Ausschüßungen behandelten Anträge sowie auch durch deren inhaltlichen Wert bewiesen, daß der Arbeiterauschluß nur das Beste für die Arbeiter zu erreichen vertritt sei. Von den im Jahre 1911 durch den Arbeiterauschluß eingereichten Anträgen be-trafen 9 nur lediglich Vorkarats. Ein Beweis, daß die Vorkarage immer einen wesentlichen Teil der Tätigkeit des Arbeiter-ausschüßes bildete, was auch im Hinblick auf die Teuerung der Preise für die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel sowie der Lohn-

nungsmieten usw. erklärlich sei. Durch die Einführung des Lohn-tarifes von 1911 seien nun unbefriedigt wesentliche Verbesserungen erreicht worden, wenn dieselben auch keineswegs den Ansprüchen und Forderungen der Arbeiter gerecht würden. Abgesehen von der Lohnhöhe, sei an der Arbeitszeit nichts geändert worden. Hier habe nunmehr unsere ganze Agitation einzusetzen. Durch die verfehlte Wohnungspolitik werden die Arbeiter gezwungen, weite Wege zu den Arbeitsplätzen zurückzulegen, so daß ein Weg von 1½-2 Stunden keine Seltenheit ist. Er empfehle daher den Antrag: „Im Lohn-tarif von 1911 sind die Bestimmungen über die Arbeitszeit dahin zu ändern, daß die reguläre Arbeitszeit täglich längstens neun Stunden beträgt.“ — In der Diskussion sprachen sämtliche Redner der gutbesuchten Versammlung für den Antrag, der auch einstimmig angenommen wurde. Es wurde betont, daß die Verkürzung der Arbeitszeit heute nicht mehr zu umgehen sei. Der Arbeiterausschuß resp. die Verbandsleitung möge Maßnahmen ergreifen, diese Frage einer möglichst schnellen Lösung entgegenzuführen.

Maffel. Unsere Filiale hielt am 1. März eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung ab. Bei der Wahl der Delegierten zur Gaun-ferenz nach Braunschweig am 17. März wurden Auel und Feine-mann gewählt. Beim Kartellbericht wurde die Haltung des Kartell-verbandes in der Frage der Jugendorganisation kritisiert und zur Veranlassung des Arbeiterführers ein ablehnender Standpunkt ein-genommen. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde gerügt, daß Vor-gesetzte eines Betriebes Gefinnungsschnüffelei treiben und ver-schiedenen Arbeitern Vorhaltungen machen wegen ihrer Haltung bei der Stadtverordnetenwahl. Da die Arbeitervertreter im Stadt-parlament nunmehr auf drei zusammenschmolzen, haben die städtischen Arbeiter vom Stadtparlament nichts Fortschrittliches mehr zu erwarten, sondern die Kollegen müssen nun noch mehr zur Selbsthilfe schreiten, indem sie ihre Organisation noch mehr aus-breiten. Da die Arbeitsordnung, welche den Arbeitern bloß Ver-schlechterungen bringt, am 1. April eingeführt werden soll, heißt es auf der Hut sein. Gerüchtet und geschlössen müssen wir dauern, denn nur Einigkeit macht stark und führt zum Ziel! — Erwähnt sei, daß der Meßfortschrit von Reinigungsweifen, Herr Inspektor König, und Herr Straßenmeister W. vom Wegbau ihren Arbeitern noch oft zu verstehen geben, daß sie ihre Grobden gemeint sind die 15 Pf. Verbandsbeitrag sparen sollten zu wichtigeren Angelegen-heiten, sie bekamen von denselben doch nichts wieder zu sehen. Solche und andere Redensarten zeigen, daß die beiden Herren keinen Be-griff von der modernen Arbeiterbewegung haben. Daß die größte Summe der Beiträge den Mitgliedern nicht selten als Unterbringung wieder zutrifft, dafür seien hier als Beweis nur einige Zahlen an-geführt: Es wurden in den beiden Monaten Januar und Februar dieses Jahres 44 Mk. an erkrankte und arbeitslose Mitglieder aus-gegeben. Es erhielten vier Mitglieder, die nur 2,40 bis 2,90 Mk. an Beiträgen gezahlt hatten, je 32 Mk., also 4,10 bis 8,40 Mk. mehr als die Einzahlung. Im 1910 hatten wir zwei Mitglieder, die noch nicht 11 Mk. eingezahlt hatten, aber 150 resp. 170 Mk. ausbezahlt erhielten. Angeichts solcher Tatsachen werden die Vorgesetzten, welche die Arbeiter dem Verbands fernhalten wollen, kein Glück haben mit ihren organisationsfeindlichen Bemühungen.

Gautonferenz Mannheim. Am 25. Februar tagte im Mann-heimer Gewerkschaftshaus die 3. Gaunferenz unseres Gau's. Von 16 Filialen waren 13 durch 41 Delegierte vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege A h m a n n anwesend. Aus dem Bericht des Gauleiters Dedmann war zu entnehmen, daß die Ent-wicklung des Gau's sich in aufsteigender Linie befindet. Der Mit-gliederstand betrug am Ende des Jahres 1911 2566, das ist ein Mehrfeld gegen 1910 von 417 Mitgliedern. Ein weites Agitationsfeld bieten noch Karlsruhe, Darmstadt und Worms, wo noch die Gelben sich zu behaupten bemühen. Die allgemeine Lebensmittelerhöhung machte verschiedene Lohnbewegungen zur Notwendigkeit. Die Ge-samtsumme der durch diese erzielten Mehrgehälter beträgt 291520 Mark. Es wurden 281 Versammlungen im Jahre 1911 abgehalten. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. — In der Diskussion wurden hauptsächlich die Verhältnisse der einzelnen Orte geschildert. Anstellungen an der Geschäftsführung des Gauleiters wurden nicht gemacht. — Kollege A h m a n n schilderte hierauf in ein-geladener Weise die neue Statutenvorlage. Die Hauptaufgabe be-stand darin, die angekündigte Beitragserhöhung klarzulegen. In der Diskussion über dieses Referat plauderten einige Redner Aus-sätze aus dem Verbands insoweit einer Beitragserhöhung voraus setzen zu können. Einige Delegierte aus der Filiale haben sich für eine Beitragserhöhung im Sinne der Vorlage des Verbandvor-standes ausgesprochen. Die in der Debatte für eine Beitrags-erhöhung vorgebrachten Gründe von Seiten der Kollegen Ahmann und Dedmann bewirkten, daß der gewerkschaftliche Idealismus sich nicht so sehr nach Wahn zu biegen ließ. Der größte Teil der Delegierten sprach sich für eine Beitragserhöhung aus. Nachdem die Vertreter einzelner Filialen einige Anträge zur Sprache ge-bracht hatten, schloß der Vorsitzende die Konferenz am 1. März.

Edenburger. Am 1. März fand eine gutbesuchte allgemeine Versammlung statt. Durch die Einführung der Stromerzeugung und die Umnutzung des Elektrizitätswerkes in die jetzt der städtischen Arbeiter bedeutend vergrößert worden; nach Kollegen

dieser Werke waren erschienen. Der Vortrag des Kollegen Fr. Reu-mann, der sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der olden-burgischen Arbeiter befaßte, wurde mit Aufmerksamkeit entgegen-genommen. Es steht fest, daß die Arbeiter in Edenburg unter den gesamten Filialen des Gau's Bremen am niedrigsten entlohnt werden, und trotzdem tut die Verwaltung wenig, um den so not-wendigen Ausgleich herbeizuführen. Auf die bescheidenen Wünsche der Gasarbeiter und Laternenwärter, welche der Direktion der Gasanstalt im November v. J. unterbreitet wurden, erhielt auf Drängen der Arbeiterausschuß den Bescheid, daß die Angelegen-heit noch nicht erledigt sei. Dabei sind die Löhne dieser Arbeiter so niedrig, daß sie nicht mehr dazu ausreichen, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken. Anfangslohn pro Tag 3 Mk. für Gasarbeiter, 3,20 Mk. für Helfer, 3,40 Mk. für Feuerhausarbeiter sind auch für die oldenburgischen Verhältnisse zu niedrig bemessen und bedürfen dringend der Aufbesserung. Die Laternenwärter sind nicht voll beschäftigt. Ihr Lohn beträgt pro Monat ohne Feuer-erzeugzulage 46 bis 57 Mk. Der Lohnbezug ist für die Anzünder schwankend und richtet sich nach den Brennstoffen der Laternen. In-folgedessen ist er im Sommer niedriger als im Winter. Dieser Zustand drückt auf den Lebensunterhalt der Anzünder sehr schwer und unterwirft zu oft das Haushaltsbudget einer Aenderung. Außerdem muß der Lohn für die heutige Zeit als viel zu niedrig betrachtet werden. Wenn auch der Anzünder Nebenbeschäftigung haben muß, so bleibt ihm doch nicht viel Zeit am Tage über, um diese ausüben zu können. Denn nicht nur das Zünden und Löschen ist ihre Arbeit, sondern auch die Reinigung und Instandhaltung der Laternen, Brenner, Gießkörper, Zylinder und Säuge. Laut Arbeitsordnung hat der Anzünder außer dem Zünden und Löschen der Laternen tagsüber solange zu arbeiten, bis seine Laternen in Ordnung und sauber gepußt sind. Jeder Laternenanzünder hat in seinem Revier 60 Laternen und leicht wird man begreifen können, daß diese Arbeit den größten Teil des Tages in Anspruch nimmt. Der Wunsch nach Regenmäntel ist all, aber noch immer nicht er-ledigt. Es ließe sich noch mehr anführen, doch würde es zu weit führen. Das Elektrizitätswerk ist im Januar dieses Jahres städtisch geworden, man sollte es für unglaublich halten, daß hier für Helfer, gelernte Schlosser, noch Löhne unter 3 Mk. pro Tag gezahlt werden. Bei der Straßenreinigung stehen die Löhne nicht ganz so schlecht. Auch die Arbeitszeit ist hier kürzer als in der Gasanstalt (mit Ausnahme der Feuerhausarbeit) und dem Ele-trizitätswerk, sie beträgt 9½ Stunden. Dieses zeigt doch nur zu deutlich, daß die Verwaltung bei Gründung der Straßenreinigung brauchbare Arbeiter für den niedrigen Lohn nicht mehr bekommen konnte.

Forsheim. Am 2. März nahmen im „Tivoli“ in zahlreich besuchter Versammlung die städtischen Arbeiter Stellung zu der Verdrüpfung ihrer Eingabe betreffs Gewährung einer täglichen Feuererzeugzulage von 30 Pf. Gauleiter K. Altvater schilderte die Entwicklung der Bewegung, zu welcher der Gemeindevorstand durch die allgemeine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse geradezu genötigt wurden. In rund 40 deutschen Städten sind in zwischen seit dem Monat Oktober in größerem oder geringerem Umfange Feuererzeugzulagen bewilligt worden und soviel nach und nach durchführt, ist man endlich auch in Forsheim durch das Ein-greifen der sozialdemokratischen Gemeindevorstand bereit, etwas zu tun, um der Eingabe vom Oktober wenigstens zum Teil Rech-nung zu tragen. Während aber die Forderung der Arbeiter nach den Verordnungen der Stadtverwaltung eine Mehrzulage von 52000 Mk. erfordern würde, sollen nur 19000 Mk. zu diesem Zwecke in den Etat eingestellt werden. Die Form, in der eine Zulage dem einzelnen Arbeiter zu bewilligt werden soll, kann die Arbeiter so wenig, wie die reduzierte Gesamtausgabe befriedigen. Nach dem Plane der Stadtverwaltung soll es in das Verzeichnis der Vertriebsleiter gestellt sein, an wen und wieviel an Zulage zu reichen ist. Das gleiche Spiel würde sicher durch diesen Modus wiederholt, wie beim Inkrafttreten der gegenwärtigen reduzierten Arbeitszulage bei der Einweisung in die einzelnen Lohnklassen und Vorrückungen. Die Vermutung und Befürchtung der Arbeiter, daß annehmend von der geplanten Lohnregelung oder Zu-lage der gleiche Effekt wie das letztmal erwartet werde, nämlich, daß dadurch nicht Zufriedenheit unter der Arbeiterklasse zu schaffen, nur gegenseitiger Haß in die Arbeiterklasse getragen und die Liebdeinererei und Spitzbelledeerei geradezu gefördert werde, dürfte rechtandig zutreffend sein. Wie famos man es verneht, die Ar-beiter freundlich auseinanderzusetzen, das zeigte erst in jüngster Zeit wieder der Bescheid des Stadtrats, für die Arbeiter und An-gestellten der neuen Strassenbahn auch einen besonderen Arbeiterausschuß einzurufen, nachdem seitens der Arbeiter schon mehrmals darum nachgesucht wurde, die bestehenden zwei Aus-schüsse zu vereinen. Anstatt diesem berechtigten Verlangen zu entsprechen, wird zu den zwei Ausschüssen noch ein dritter ein-gerichtet. Der Zweck der Hebung in Durchsicht genügt. Nicht geringe damit, daß die Arbeiter bei der Arbeit mehr als sonst unter Anstand sind, sogar die Arbeitervertreter stellt man durch das im Prospekt behauptete Ziehen der Arbeiterausgabe bei den allgemeinen Leistungen unter Achtung. Die ebenfalls zu bedachte Entscheidung bedingt noch eine Reihe weiterer Verbesserungen und langwieriger Verhandlungen. Allseitig wurde betont, daß speziell

beim Tiefbauamt der Lohn nur von den niederen Angestellten festgesetzt würde, ohne Rücksicht weder auf die Lohnordnung noch auf den Fleiß und die Tüchtigkeit des Arbeiters. Ein außerhalb Bierzeims hantrott gewordener Geschäftsmann ist nach einigen Wochen Beschäftigung bereits Vorarbeiter beim Tiefbauamt und kann die ihm unterstellten Arbeiter vom Versammlungsbesuch mit dem Versprechen abhalten: „Was braucht ihr in die Versammlung zu gehen; wenn Euch der Lohn nicht reizt, dann kommt nur zu mir, ich will für das Nötige dann schon sorgen.“ Das eröffnet ja für die Zukunft recht reizende Perspektiven! Im Gaswerk sollen nach den bereits vorbereiteten Vorschlägen für eine Lohnzulage die Schichtarbeiter eventuell mit einem Zehner bedacht werden, der aber für die Zeit wieder in Wegfall zu kommen hat, wenn der Arbeiter im Hof beschäftigt ist. Daß unter solchen Umständen die Erregung und die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft der Statgemeinde eine außerordentlich große ist, dürfte nach Lage der Verhältnisse leicht verständlich sein. Als Kassier der Versammlung gelangte die nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 2. März 1912 hantrottend allgemeine Versammlung der Arbeiter der Stadt Fortzheim protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verschleppung ihrer Eingabe um Gewährung einer täglichen Feuerungszulage von 30 Pf. Die Versammelten sind der Heberzeugung, daß es Pflicht einer jeden Gemeindeverwaltung ist, ihre im Dienste der Allgemeinheit stehenden Arbeiter so zu bezahlen, daß dieselben, ohne Inanspruchnahme der Wildtätigkeit ihrer Nebenmenschen oder öffentlicher Unterstützung, ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen nachkommen können. Das ist unter den derzeitigen Verhältnissen in Fortzheim keinesfalls der Fall, und fordern die Versammelten deshalb die Arbeiterausschüsse auf, ungehemmt nochmals an den Stadtrat heranzutreten und um Verwilligung der gestellten Forderung im vollen Umfange nachzusuchen. Insbesondere haben die Arbeiterausschüsse auch dagegen Verwahrung einzulegen, daß, wie aufeinander geplant, die Gewährung einer Feuerungszulage in das Gelieben der Betriebsvorstände gestellt wird, weil damit der Willfür und Liebedienerei Tür und Tor geöffnet wäre. Einer Feuerungszulage ist jeder Arbeiter gleich bedürftig und verlangen deshalb die Versammelten, daß die Zulage, dem gestellten Gesuche entsprechend, jedem Arbeiter gleichmäßig zugewilligt wird. Sollten die Arbeiterausschüsse nicht in der Lage sein, die gestellten Erwartungen zu befriedigen, so werden die Arbeitervertreter aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen.“

Stettin. Am 4. d. M. tagte im Volkshause eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich in der Hauptsache mit dem kommenden Verbandstag und den vom Verbandsvorstand veröffentlichten Abänderungsvorschlägen des Statuts beschäftigte. Nach längerer sachlicher Debatte, die sich an die ausführliche Begründung des Kollegen Chret angeschlossen, wurden die Abänderungsvorschläge einstimmig gutgeheißen. Als Delegierte zu der am 17. d. M. in Berlin stattfindenden Gaukonferenz wurden die Kollegen Vieslaff, Schmidt, Kuehnau und Henkel gewählt. Ferner lagen 6 Unterstützungsgefuche vor von Kollegen, die unverschuldeterweise in Not gekommen waren. Sie wurden sämtlich in zunehmendem Sinne erledigt und insgesamt 67 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Die Unterstützungsgefuche liegen in unseren Mitgliederversammlungen seit regelmäßig vor. Ein Beweis, daß sich die Stadtverwaltung in sozialpolitischer Hinsicht nicht besonders eifrig betätigt. Würde den Arbeitern im Erkrankungsfall die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt, wie dies in den meisten Städten längst der Fall ist, dann wären die städtischen Arbeiter, die schon ohnehin miserabel genug entlohnt werden, in Krankheitsfällen doch wenigstens vor der bittersten Not geschützt. Auf der anderen Seite können aber die Kollegen auch erkennen, daß ihnen der Verband stets unter die Arme greift, um sie vor dem Untergang zu schützen.

Stettin. Schon öfter mußten wir uns an dieser Stelle mit Mißständen beschäftigen, die sich immer und immer wieder in einzelnen Betrieben bemerkbar machen. Obwohl die städtische Bau- und Gewerkepolizei die Neubauten der Privatunternehmer betreffs Durchführung der baupolizeilichen Vorschriften überwacht und jeden Verstoß gegen die Vorschriften ahndet, fällt es ihr sehr schwer, in ihren eigenen Betrieben dasselbe zu tun. So sind zurzeit im Industriehofen z. B. 25 Mann unter freiem Himmel beschäftigt, die längere Zeit vollständig den Witterungseinflüssen preisgegeben waren. Es fand sich dann ein Privatunternehmer, der eine Bankette zur Verfügung stellte, in der jedoch höchstens 8-10 Mann gleichzeitig Platz hatten. Mittlerweile hat sich nun die Stadt selbst dazu aufgefunden, eine solche herbeizuschaffen, doch ist dadurch an dem Arbeitsstand nichts geändert, denn auch diese Bankette ist nicht mehr Leute als die erste. Dazu kommt noch, daß die Bankette durchaus nicht sauber ist, so daß es den Leuten förmlich graut, wenn sie dieselbe betreten müssen. Auch haben sich nichts ichen Langwierige bemerkbar gemacht und den Arbeitern Arbeit nicht gelassen. Beschwerden gegen diese mangelhafte Sicherung der Arbeitsstände wurden von dem Aufseher in ungeröstlich barstcher Weise abgewiesen. Die Arbeiter sind der Auffassung, daß hier sofort Remedur geschaffen werden muß, falls sie nicht länger an dieser Arbeitsstelle verbleiben. Hebrigns wäre es angebracht, daß sich die Stadtverwaltung etwas mehr an ihre eigene Pflicht erinnert und den

Privatunternehmern vorbildlich die Innehaltung der baupolizeilichen Bestimmungen vor Augen führt.

Biesbaden. Am 6. März fand eine hartbesuchte Versammlung der Arbeiter der Wasser- und Lichtwerke sowie der Müllverbrennung statt, in welcher zu den Mißständen auf dem Gaswerke entschiedene Stellung genommen wurde. Ein Kollege kam auch auf die Strafbestimmungen zu sprechen. Es sei deshalb hier einiges davon im Vorlauf wiedergegeben: 1. Bei Verspätungen bis zu einer Stunde werden beim ersten bis zweitemal 1 Stunde, beim dritten bis fünftemal 2 Stunden und beim sechstenmal und mehr 3 Stunden in Abzug gebracht, und zwar treten diese Verschärfungen bei vorgenannten wiederholten Verspätungen innerhalb eines Monats ein. 2. Jeder Verspätete hat sich unverzüglich beim Gasmeister zum Arbeitsbeginn zu melden, widrigenfalls ihm außerdem noch eine weitere Stunde als Strafe in Abzug gebracht wird. Beträgt der Lohnabzug schon drei Stundenlöhne, so tritt entsprechend § 14 eine anderweitige Erhöhung der Strafe ein. 3. Bei einer Verspätung von mehreren Stunden kommt immer eine Stunde mehr in Abzug. 4. Sämtliche Strafzettel fließen der Unterstützungs-kasse zu; aber den Arbeitern fehlt jede Kontrolle über diese Strafzettel. Man muß wohl die Frage aufwerfen, was mit den Strafzetteln geschieht und ob sich die Arbeiter dieses alles ruhig gefallen lassen wollen. Nachdem noch verschiedene Kollegen sich in scharfer Weise über die Sache geäußert hatten, nahm Kollege Karoff das Wort und betonte, daß dieser Alles nichts anders sei als eine eigenmächtige Verschärfung des § 14 der Arbeitsordnung, verurteilt das Heberühmensein und ermahnt alle Anwesenden, die Organisation zu stärken, dann könnte gegen alle solche Modifikationen entschiedene Front gemacht werden. Auch Genosse Stadl, Demmer, welcher der Versammlung bewohnte, pflüchte dem bei und betonte, daß er sich schon in der nächsten Stadtwereordnetenversammlung der Sache annehmen werde, was auch inzwischen geschehen ist. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der Arbeiterausschuß soll sofort eine Ausschüßung beantragen und diesen Punkt sowie die noch nicht erledigte Lohnerböhung auf die Tagesordnung setzen lassen. Nachdem noch über den letzteren Punkt eingehend gesprochen worden war und Kollege Pudy betonte, daß die Vorstände der einzelnen Abteilungen über die Sache beraten hätten und sich für eine Lohnerböhung ausgesprochen, aber noch keine Antwort auf seine Anfrage ergangen ist, fand die Versammlung ihren Abbruch.

Zwidau. Am 2. März fand eine gutbesuchte Versammlung sämtlicher in den städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Gaukonferenz in A. n. a. Mit Genehmigung wurde von den Anwesenden das erfolgreiche Wirken unserer Organisation innerhalb des Gauverbandes zur Kenntnis genommen. Die vom Hauptvorstande vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge wie der Unterstützungsätze wurde mit allen gegen nur 11 Stimmen gutgeheißen. Um die vom Rate kürzlich gewährte Lohnzulage in ihrem Umfange feststellen zu können, waren Fragebogen ausgegeben worden, deren Resultat nunmehr vorliegt. Es zeigt sich, daß diese Zulagen ziemlich ungleichmäßig ausgefallen sind. Diese Ungleichmäßigkeit scheint aber weniger die Schuld des Rates, als die der einzelnen Werkstätten zu sein, so haben z. B. aus unerklärlichen Gründen die Arbeiter der Abteilung 4 (Straßenreinigung) sehr schlecht bei der Verteilung abgeschnitten. Es wurde daher einstimmig beschlossen, den Rat zu ersuchen, den Stundenlohn für sämtliche ungelohnten Arbeiter auf mindestens 40 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Ferner soll an die Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet werden, so bald als möglich dafür Sorge zu tragen, daß für alle Betriebe Arbeiterauschüsse ins Leben gerufen werden, mit deren Hilfe man die vielerlei Mißstände und Unbequemlichkeiten, wie sie sich hier und da in den Betrieben zeigen, leichter und schneller beseitigen kann. So kommt es z. B. vor, daß sich die Lohnzahlung 1/2 bis 3 Stunden über die dafür festgesetzte Zeit hinaus hinzieht, was ganz sicher nicht im Sinne der Stadtverwaltung geschieht und dringend beseitigt werden muß. So gibt es noch eine ganze Reihe kleinerer und oft auch heimlicher Maßnahmen von Vorgesetzten, die ungerades Erwagens beim Vorgehen von Arbeiterausschüssen durch eine vernünftige Aussprache sehr leicht beseitigt werden können. Denn schließlich haben wir genau so gut wie die Stadtverwaltung ein Interesse daran, daß jeder Arbeiter seine Arbeit mit Lust und Liebe vollbringt, beide, die Stadt und die Arbeiter, werden am besten dabei fahren. Zum Schluß wurden noch eine Anzahl Mitglieder aufgenommen und die uns noch fernstehenden ermahnt, sich unserer Organisation anzuschließen.

Rundschau

Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz. Die Zahlstelle Dresden des Bauarbeiterverbandes wurde von der Behörde für einen politischen Verein erklärt, weil sie 1000 Mk. für den Reichstagswahlkampf gespendet hatte. Die Polizei forderte den Vorsitzenden der Zahlstelle auf, die Liste der Reichstagswahlkampfbeiträge einzureichen. Der Vorsitzende kam dem nicht nach, er erhielt deshalb eine Anklage. Wegen Verweigerung der Vorstandsliste wurde der Vorsitzende Barth nun vom Schöffengericht zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Das leidige Kapitel. Wir lesen in der illustrierten Monatschrift „Sollam“, die von Maltheiner Friedrich Scholl in Neulingen und Dr. med. A. Schneider in Ulm a. d. D. geleitet wird, einen Artikel von Professor Dr. A. Kiebergall, dem folgendes entnommen sei: Je mehr man die Alkoholfrage, wie überhaupt derartige Fragen, unter dem Gesichtspunkte des geistig seelischen Lebens hat ansehen lernen, desto mehr kommt man hinter die Beziehungen. Zunächst kommt wieder der Gesichtspunkt der Waise in Betracht. Man trinkt — darum trinkt man auch. So hat man es von dem Vater und oft genug auch von der Mutter gesehen, so geht und hört man es überall in der Umgebung, und darum tut man es natürlich auch. Die Suggestion, daß immer und besonders an arabischen Lebensangeboten, wozu aber jeder Augenblick, den man nach gemeint, erhoben werden kann, daß immer und überall Bier und Wein und Schnaps dabei sein muß, diese Suggestion gehört zu den härtesten und trübseligsten, die es geben kann. Sie hat sich an dem beneidenswerten Platz, dicht am Willen, eingeprägt, wobei auch alle ehleren Beziehungen zielen, sie hat die Gewohnheit und den stumpfsinnigen Mechanismus des Seelenlebens in Verbindung genommen, sie hat Sitte und Mode, ja Recht und Pflicht zu verknüpfen verstanden. — Man trinkt — warum? Weil man trinkt. Ähnlich im besten Grunde ist der Beweggrund entgegenzusetzen: man will gerade dem Zwang und der stumpfen Kassenkatastrophe entfliehen. Es ist eine allgemeine völkerverpsychologische Tatsache, die man sich an jedem, wie wollen nicht sagen: Trinker, über den man sich nicht hinwegsetzen kann; das Medizinische, sich über niederdunkende Verhältnisse zu erheben, führt die Hand zum Glas. Wo die Umwelt in Gehalt von Sorgen sich als Macht geltend machen will, da entzieht ihr die Seele, indem sie sich in ein Scheitern emporeibt, wo lauter Arbeit und Macht das Ich über die Dinge ist. Und sieht man Glieder der großen Masse über die Straße ziehen, man kann sicher sein, daß sie für sich als etwas Besonderes fühlen und genießen. Diese Freude, wenn man auf sie sieht, und wenn es auch mit Jörn geschieht! Und wie sich im jäherbar stillen und stumpfsinnigen Menschen dann ein Ich geltend macht, manchmal mit Entfällen, sicher mit Leidenschaften, es ist ein Ich, das sich vordrängt und über das Gewöhnliche hinaus will! Dieses Glück, sich als einen Hauptteil beachtet und respektiert zu sehen, dieser schon Traum, auch einmal ein König, leider nur in der Einbildung zu sein, während man sonst ein Bettler ist! Und doch beruht diese ganze Verdrängung nicht auf Etwas, sondern gerade auf den natürlichen menschlichen Vorgängen, die dem wirklichen Ich genau entgegengekehrt sind. Es ist ja doch nicht das „Ich“, das sich selbst so erhebt, es ist doch alles nur ein „Es“. Aber nicht nur diese Eigenschaften der Person, Selbstbestimmung und Bewußtsein, sondern vor allem, was an Persönlichkeitsgewinn vorhanden ist, geht dahin. Dieser besteht zum guten Teil aus den Gemütsanlagen, die die Kultur langsam in der Seele heranzüchtet, in den Kulturen, die sie den verschiedenen Tieren im Menschen angelehnt hat. Die Kultur hat so die harten Triebe, besonders den Feindsinn, aber auch die Eitelkeit, die Gewalt, die Leidenschaft des Jüngens, wie auch die dumme Vertraulichkeit, wenigstens äußerlich so gehäbig, daß ein Zusammenleben der Menschen möglich ist. Das ist nun das Sämenische des Alkohols, daß er diese Hemmungen löst und schließlich außer Kraft setzt. Nach dem löstlichen Geste wird gelehrt, nach dem löstlichen wird renommiert, nach einer ändern Zahl von Gläsern nicht man mit dem Messer dem oder fällt jedem um den Hals und macht mit aller Welt Schmolli. Die Beute kommt heraus, wenn der Alkohol den Kulturübergang abgelehnt hat, die Beute auch im Schmolli; denn die Beute hat auch gutmütige Finken über den Krallen.

Kulturdokumente. Das Schwurgericht in Dessau verurteilte kürzlich Vater, Mutter und Sohn der Bauernfamilie Krause wegen Verleitung zum Meuterei zu 3 bzw. 2 Jahren Zuchthaus. Dazu macht die „Berliner Volkszeitung“ recht treffende Ausführungen: „In Luso im Anhaltischen, einem Dorfe mit gut sitzender Bauernbevölkerung, hat sich ereignet, daß eine Waise ein Meut. bekam. Diesmal war's aber kein Knecht, auch kein Inspektor oder Verwalter, sondern der Sohn des Hauses. Verdammte Geschichte! Die Waise ist da, das Kind auch, aber der Vater — nein, der Vater darf nicht offenbar werden. Und wenn man irgendeinen unschuldigen Dritten zum Vater suchen und Dingen sollte. Zunächst wird alles abgeschrieben. Der sittliche Ruf der Waise wird als abgrundschlecht dargestellt. Siebzehn, sage und schreibe siebzehn Versionen gabelt das würdige Bauernhaus auf, die belanden sollen, daß sie mit der verderbten Waise in Umgang gekommen hätten. Jedes: sie versagen. Keiner von den siebzehn will sich gegen sein Gewissen begeben. Da muß also härter angegangen werden. Eine schöne, schuldenfreie Wirtschaft, zehntausend Mark in Barvermögen: da kann man sich die Abwertung der Vaterkraft schon etwas leisten lassen. Und es findet sich einer, ein Knecht, den die blauen Taler locken. Mutter und Sohn des Bauernhofes nehmen ihn ehrenreich in Bearbeitung. Mit einigen guten Annehmlichkeiten, mit der Aussicht auf den Caball blauer Ebene wird ihm beigebracht, daß er, „damit die Wahrheit ans Licht komme“, Umgang mit der Waise belunden und den Bauernsohn erlösen muß. Es schwört sich aber nicht so leicht ein Meuterei, auch für ein einjähriges Glemut nicht. Also muß dem Schwur-

willigen bis zum Termin ständig zugesperrt werden. Noch ein Zwanzigmarkstück, noch drei blaue Taler und dann am Terminstage noch einen ordentlichen Prüßelkopp zur Markierung: so wird das Opfer häuerlicher Ehr- und Zuchtlosigkeit an dem — die aararische Fische nennt das den „deutschen Familieninn“ — von Mutter und Sohn des Bauernhauses zum Termin geschleppt. An der Tür des Terminzimmers noch eine letzte kräftige Kundenstreichung: der Gedungene schwört sich zum Weisklärer, der Sohn des Hauses ist aller Pflichten frei, die Ehre des Bauernhauses ist gerettet. Mein Federlebens nun weiter mit der Waise! Sie wird mit ihren Alimentationsansprüchen abgewiesen und sieht abendrein als Dirne entlarvt da. Aber sie haben's zu eifrig getrieben, Mutter und Sohn des Bauernhauses, auf der Suche nach dem Vater. Ein zweiter Knecht meldet sich, der gedungen werden sollte, der aber trotz seiner Aermlichkeit die bezahlte Lüge ablehnte. Und bald kommt ins Licht, daß auch der entlassene Schwurzeuge bezahlt war. Da muß nun der Staatsanwalt heran. Und er greift erfreulich entschieden ein. Vater, Mutter und Sohn des Bauernhauses kommen in Untersuchungshaft. Mit den durchsichtigsten Ausflüchten versuchen sie ihr Verbrechen an dem verleiteten Knecht zu bestreiten, mit verzweifelter Anstrengung versuchen sie, die Waise als verdrückt und ungläubig hinzustellen — es hilft nichts. Der Meuterei-verleitet selbst bekennt sich zum Gehändnis, auch der Bauer wagt nicht mehr zu streiten, und so vermag Mutter und Sohn die „Ehre“ des Hauses nicht mehr zu retten. Drei Jahre Zuchthaus für die Mutter als das treibende Element, je zwei Jahre Zuchthaus für Vater und Sohn, und schließlich noch ein Jahr Zuchthaus für den verleiteten Knecht, den man als den verhältnismäßig Harmlossten mit der Knechtentrate davonkommen läßt: das ist das Ende der Tragödie, die auf Ehr- und Moralbegriffe einer wohlunterrichteten Bauernfamilie ein paar häßliches Licht wirft. Und die Waise? Sie hat ihr Kind, aber sie hat nun auch einen Vater für ihr Kind, der seinen billigen Verpflichtungen nachkommen muß. Um diese lumpige Zahlungspflicht aber und um das Eingeständnis der Vaterkraft vier Menschen ins Zuchthaus! Die Agrarier schimpfen auf die Großstädte als die Brutstätten aller Väter. Auf dem Lande allein leben die Menschen im Stande der Unschuld. Auf dem Lande allein wohnt noch deutsche Jucht, deutsche Ehrbarkeit, deutsche Sitte. Auch diese wohlhabende Zuchthäuserfamilie darf nach dem Willen der Agrarier nicht zur Erbschaftsteuer herangezogen werden. Der „deutsche Familieninn“ könnte darunter leiden. . . . Solche Fälle sind durchaus nicht so vereinzelt; nur werden sie nicht immer so offenkundig.

Vergeht die Treue nicht. (Des toten Arcundes letzte Mahnung an die Deutschen Anappen.) Das nachfolgende Gedicht distillierte der Bergarbeiterdichter **Deinrich Kämpchen** am 6. März d. J. ein paar Stunden vor seinem Tode.

Nun, wo die deutschen Anappen
Im heißen Kampfe stehn,
Wuh ich im Bett mich winden
Und latentlos zusehn.
Nann nicht mit meinen Liebern
Begleiten sie zur Schlacht,
Nann nicht den Kampfnut stärken,
Wie ich es sonst gemacht.
Die Harse lebt im Dunkel,
Die Zaiten sind noch straff,
Nur dem, der sie geschlagen,
Ihm sind die Finger schlaff.
Bleibst als letzte Mahnung
Er heut noch zu euch spricht:

Zeit einig, liebe Brüder!
Nerstleisch euch länger nicht.
Nicht bin nach allen Zeiten:
Was Einigkeit nicht halt,
Was Einseit nicht verbündet,
Nuch morsch zusammenfällt.
Nach England sollt ihr schauen,
Wo's jetzt gewittert schwer:
Nest sieht die Treu' der Anappen
Dort wie ein Nels im Meer.
Und ist es Todesabnung,
Was heut der Säng'er spricht,
Nedmt es als letzte Mahnung:
Vergeht die Treue nicht!

◆ **Briefkasten** ◆

Mehrere Artikel mußten infolge kolossalen Stoffandranges zurückgestellt werden. Wir bitten für die nächste Zeit nur über die wichtigsten Vorgänge zu berichten, damit wieder etwas Lust wird. Die Redaktion.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Sabelkum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Nr. 10 u. 11. Vierteljährlich nur 3 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.
Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die neuesten Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wohnstelle, in denen sie gewählt sind. Preis in Kupferlicher Ausführung auf Kunstdruckpapier 50 Pf. Das Fraktionsbild ist sehr geeignet als Zimmerdekoration sowie zum Dekorieren von Sälen und Vereinszimmern. Zu beziehen ist das Bild durch alle Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger 14 m b S., Berlin SW 68, Lindenstr. 69. — Bei schriftlicher Bestellung sind für Verpackung und Porto 50 Pf. extra beizufügen.

